

www.gruene-bremen.de

BREMENS ALTERNATIVE.



**WAHLPROGRAMM
BREMEN 2007.**



Bremens Alternative.

Das Wahlprogramm wurde auf der
Landesmitgliederversammlung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 11. November 2006
im World Trade Center Bremen beschlossen.

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bremen
Schlachte 19/20
28195 Bremen
Tel.: 0421/30 11-100
Fax: 0421/30 11-250
lv.bremen@gruene.de
www.gruene-bremen.de

Titel: MKK, Hamburg
Schlussredaktion und Satz: Thomas Kollande
Druck: Geffken & Köllner, Bremen
Februar 2007

Inhalt

Bremen regieren – kompetenter, ehrlicher, menschlicher

Präambel	5
----------	----------

Bremen – klug und chancengerecht

1. Bildung für ein selbstbestimmtes Leben	10
2. Kindern und Jugendlichen gerecht werden	22
3. Hochschulen – offen, innovativ und zukunftsfähig	24

Bremen – erfolgreich und lebendig

1. GRÜNE Wirtschaftspolitik für Bremen	33
2. Arbeit für Menschen – menschliche Arbeit	44
3. Ohne Kultur keine Stadt	49

Bremen – ökologisch und lebenswert

1. Klimaschutz und Energiewende	54
2. Umweltschutz – auch eine Frage der Gerechtigkeit	58
3. Verbraucherschutz	63
4. Verkehr – umweltbewusst mobil	65

Bremen – gerecht und solidarisch

1. Stadtentwicklung für die Stadt von morgen **70**
2. Soziale Hilfe ist Menschenrecht **76**
3. Gesundheitspolitik **80**

Bremen – für Frauen und Männer

1. Frauen sind anders – Männer auch **86**
2. Gleiche Rechte für Lesben und Schwule **92**

Bremen – demokratisch und verantwortungsvoll

1. Demokratische Teilhabe stärken **93**
2. Mit Sport durchs Leben **97**
3. Sicherheit verantwortungsvoll gewährleisten **100**
4. Integration – ein starker Zusammenhalt für Bremen **105**
5. Justiz – Grund- und Freiheitsrechte wahren **110**

Bremen – europäisch und international **116**

Bremen – generationsgerecht und sparsam **120**

Unser Team für die Bürgerschaftswahl 2007

- Wahlkreis Bremen **129**
Wahlkreis Bremerhaven **130**

Bremen regieren – kompetenter, ehrlicher, menschlicher

Präambel

Wir GRÜNEN wollen die große Koalition aus SPD und CDU in Bremen beenden und Regierungsverantwortung übernehmen. Wir wollen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven arbeiten und ihnen zeigen, dass es auch in Zeiten knapper Mittel möglich ist, gut und gerecht zu regieren. Wenn BremerInnen bessere Zukunftschancen als bisher haben, wird auch unser Bundesland bessere Chancen haben.

Mehr und bessere Bildung für unsere Kinder ist eine entscheidende Grundlage für die Zukunft. Die große Koalition hat die Bremer Bildungspolitik in eine Sackgasse geführt. Wir wollen jedes Kind fördern und zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss führen.

Zukunftschancen gibt es nur in einer intakten Umwelt. Bremen muss sich am Kampf gegen den Klimawandel beteiligen. Wir wollen Bremen und Bremerhaven zu Städten der Zukunftenergie ausbauen. Das ist nicht nur gut für unsere Kinder, sondern auch für Wirtschaft und Arbeit in der Region.

Die GRÜNEN stehen für Städte, in denen mehr Bürgerbeteiligung und ein fairer Interessenausgleich

erwünscht sind. Deshalb haben wir – im Gegensatz zu SPD und CDU – das Volksbegehren zur Wahlrechtsreform unterstützt, das als erstes mit über 70.000 Unterschriften erfolgreich war.

Unser Bundesland hat Stärken, die wir sichern und ausbauen wollen. Viele Menschen leben gerne in Bremen und Bremerhaven. Die maritime Wirtschaft leistet wichtiges für Deutschland und begründet in Bremerhaven einen einmaligen Standort. Die Hochschulen sind bundesweit anerkannt, und beide Städte bieten viel für den Tourismus.

Die große Koalition hat jedoch mit ihrer Arroganz der Macht das Ringen um die besten Lösungen behindert. Kritik von wem auch immer und Diskussion galten als Majestätsbeleidigung, und warnende Stimmen wurden als Miesmacher verunglimpft. Deshalb versagten in vielen Bereichen die notwendigen Frühwarnsysteme zum Verhindern großer und teurer Fehler.

Die große Koalition hat, anstatt den Haushalt zu sanieren, viel Geld in verschwenderische Projekte gesteckt, für die die Menschen in Bremen noch jahrzehntelang bezahlen müssen. Wirtschaftliche Strohfeuer wie der Space Park, Gefälligkeitsgutachten und unsinnige Umzüge der öffentlichen Verwaltung sind Ausdruck einer völligen Unfähigkeit, Verantwortung für Bremens Zukunft zu übernehmen. Beispiele, wie etwa das vom eigenen Geschäftsführer ausgeplünderte Krankenhaus Bremen-Ost und das teilweise unkontrollierte, selbstherrliche Agieren einiger privatisierter Gesellschaften, zeigen in besonderer Weise die Defizi-

te der großen Koalition. Gleichzeitig wurde die schwierige Haushaltslage jahrelang durch Täuschen der Bevölkerung, mal mit Aufschwungversprechen, mal mit dem angeblichen 500-Millionen-Euro-Versprechen des Kanzlers Schröder schöngeredet. Für die Neuausrichtung der Politik wurden so nicht nur Millionen, sondern es wurde auch wertvolle Zeit vergeudet.

Bremens Ruf im Bund und bei den anderen Ländern ist so schlecht wie nie zuvor. Dabei ist völlig verloren gegangen, was die GRÜNEN schon immer betont haben: Bremen ist im Wesentlichen unverschuldet in die Haushaltsmisere geraten. Die Finanzverteilung benachteiligt Bremen.

Die große Koalition ist mit der Behauptung angetreten, sie sei die außerordentliche Lösung der außerordentlichen Probleme Bremens; die Wahrheit ist: Sie hat die Probleme nur noch größer gemacht. Die Koalition aus SPD und CDU war angetreten, den Bremer Haushalt zu sanieren. Herausgekommen sind fast doppelt so viele Schulden wie zu Beginn der Regierungszeit. Selbst elementare Aufgaben des Staates können kaum noch finanziert werden.

Wir machen in diesem Programm keine teuren und uneinlösbaren Versprechen. Wir versprechen aber, mit den Steuergeldern sorgsam umzugehen. Wir wissen, dass die Finanzlage Bremens in den nächsten Jahren einen Sparkurs notwendig macht, der niemandem leicht fallen kann. Eine wesentliche Schwäche der Bremer Position vor dem Bundesverfassungsgericht liegt in dem weit überdurchschnittlichen kreditfinanzierten

Investitionsniveau in der Vergangenheit. Dies haben die GRÜNEN in den letzten Jahren wieder und wieder vorgetragen. Bremens Klage in Karlsruhe hängt an einem seidenen Faden, die dorthin gemeldete Finanzübersicht verpflichtet die nächste Regierung zu sinkenden Ausgaben. Das lässt sich nur dann verantwortungsvoll umsetzen, wenn bei allen Entscheidungen der soziale Ausgleich Richtschnur des Handelns ist. Trotz aller Sparnotwendigkeit werden die GRÜNEN nicht zulassen, dass für das Zusammenleben wichtige Bereiche, wie Hilfen für benachteiligte Menschen, Polizei, Bildung und Investitionen in die Umwelt, unter ein verantwortbares Großstadtniveau gekürzt werden. Ein Gemeinwesen, das intaktes Pflaster durch Granit ersetzt, während hilfebedürftigen Kindern aus Kostengründen ein Heimplatz verweigert wird, wird es mit den GRÜNEN nicht geben.

Zu den besonderen Stärken unserer Städte gehören viele Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen, selbstbestimmt, nicht als Ausfallbürge für das Versagen des Staates, sondern kritisch, kreativ und unbequem. Wir versprechen, dass wir alles tun wollen, Sie zu gewinnen, mitzugestalten. Bremen braucht für seine Zukunft Einfallsreichtum, Zivilcourage und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Zudem wollen wir die vermögenden Bürgerinnen und Bürger unserer beiden Städte davon überzeugen, mehr für Bremens und Bremerhavens Zukunft zu tun.

Das hier vorgelegte Wahlprogramm soll Ihnen zeigen, in welche Richtung die GRÜNEN denken und handeln.

Wir wissen, dass der notwendige Umbau Bremens längere Zeit dauert. Wir wollen den Regierungsapparat, der an etlichen Stellen aus dem Ruder gelaufen ist, wieder auf klaren Kurs bringen. Dazu braucht es ehrliche und verantwortungsvolle Steuerleute und eine motivierte Mannschaft. Eine bessere Regierung, die kompetenter und menschlicher arbeitet, daran möchten die GRÜNEN sich beteiligen – dafür bitten wir um Ihre Stimme und Ihre kritische Begleitung unserer Arbeit für Bremen.

Nur mit starken GRÜNEN kann dieser Politikwechsel in Bremen gelingen. Am 13. Mai haben Sie das Wort, wählen Sie GRÜN!

Bremen – klug und chancengerecht

1. Bildung für ein selbstbestimmtes Leben

Gute Bildung ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben und eine sozialere Gesellschaft. PISA hat gezeigt, dass in keinem vergleichbaren Industrieland die Chance auf einen guten Bildungsabschluss so sehr von der sozialen Herkunft abhängig ist wie in Deutschland. Davon sind in besonderem Maße Migrantinnen und Migranten betroffen. Das bestehende Bildungssystem verstärkt diese Ungerechtigkeit. Deutschland muss sich in der Bildungspolitik an erfolgreicheren Nachbarn orientieren. Bremen als langjähriges Schlusslicht der deutschen Bundesländer muss dies erst recht.

Ein Land, das zunehmend auf die Ressource Wissen aufbaut, darf niemanden zurücklassen. Mehr Mädchen und Jungen zu einer guten Bildung zu verhelfen, ist neben der persönlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen auch Vorsorge für eine sozial und ökonomisch ausgewogenere und damit gerechtere Gesellschaft. Gute Bildungsangebote sind ein wichtiger Standortfaktor und entscheiden somit auch über die Wettbewerbsfähigkeit Bremens.

Die Neugründung von Privatschulen darf nicht die Antwort auf das bestehende Bremer Schulsystem sein.

Wir wollen die öffentlichen Schulen stärken und mit den notwendigen Ressourcen ausstatten. Nur so können sie die beschriebene bildungspolitische Herausforderung wahrnehmen.

Zwei wesentliche Ziele für GRÜNE Bildungspolitik bestehen in der Erhöhung der realen Zugangschancen zu Bildung und in ihrer qualitativen Verbesserung auf allen Ebenen – beginnend bei der frühkindlichen Bildung bis hin zum lebensbegleitenden Lernen. Um diese Ziele zu erreichen und den Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen zu ermöglichen wie in anderen Industriestaaten, wollen wir ein früheres Lernen, einen besseren Unterricht und eine längere gemeinsame Schulzeit.

Eine solche Bildungsreform lässt sich in Deutschland nicht über Nacht durchsetzen. Spätestens die zunehmende soziale Spaltung, die wirtschaftliche Vernunft und die sinkende Kinderzahl werden den Weg dahin aber notwendig und unumkehrbar machen.

Starker Start für alle Kinder

Von Anfang an muss gewährleistet sein, dass jedes Kind die gleichen Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsabschluss und damit auf soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe hat. Behinderte und nicht-behinderte Kinder sollen integrativ betreut werden. Die geplanten Schwerpunkteinrichtungen für Behinderte lehnen wir ab. Die frühkindliche Bildung ist das Fundament für alle weiteren Bildungsstationen der Kinder.

Deswegen muss es schon für die Unterdreijährigen ein bedarfsdeckendes und gutes Angebot an Betreuungsplätzen in Kindergärten, betrieblichen Einrichtungen und in Eltern-Kind-Gruppen geben.

Kindergärten sind die erste Stufe des Bildungssystems. Deswegen werben wir dafür, dass möglichst alle Kinder in Bremen und Bremerhaven in den Kindergärten gehen. Diese sollen sich zu Familienzentren weiterentwickeln, indem dort auch Familienbildung und -unterstützung angeboten werden. Die Öffnungs- und Betreuungszeiten müssen den Bedürfnissen der Kinder und Eltern entsprechen. Dies umfasst auch die Ferienzeit. Die Regelbetreuungszeit in Kindergärten sollte sechs Stunden betragen. Zudem wollen wir, dass Kinder im Kindergarten auch ein Mittagessen erhalten. Damit Kindergärten und -gruppen unseren Nachwuchs individuell fördern und damit ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können, brauchen sie zwei qualifizierte Fachkräfte pro Gruppe.

Sprache ist der Schlüssel zum schulischen Erfolg. Wir wollen Sprachförderung für alle dreijährigen Kinder im Kindergarten verankern. Ziel ist, dass alle Kinder, die in die Grundschule kommen, Deutsch sprechen. Zugleich sehen wir die Zweisprachigkeit der Kinder mit Migrationshintergrund nicht als Defizit, sondern als Potenzial. Wir setzen uns deshalb auch für die Förderung der Muttersprache ein. Wir wollen die Kindergärten in das Bremer Bildungssystem integrieren. Sie wer-

den in den nächsten Jahren schrittweise Teil des Rechts auf Bildung und der Pflicht zur Bildung. Im Gegenzug werden die Kosten für die Eltern schrittweise reduziert. Als ersten Schritt dahin wollen wir ein verpflichtendes und damit beitragsfreies letztes Kindergartenjahr einführen. In diesem Jahr sollen Kinder spielerisch den Umgang mit Zahlen und Buchstaben erlernen und ihre motorischen, kognitiven und kreativen Fähigkeiten entwickeln. Um die Kinder gezielter als bisher zu begleiten, sollen Kindergärten und Grundschulen in allen Stadtteilen Kooperationen eingehen, nach vereinbarten Curricula arbeiten und den fachlichen Austausch unter den Pädagogen und Pädagoginnen verbessern – mit verbindlichen Regelungen.

Eine neue Schule von unten entwickeln

Die Schulreform der großen Koalition war der Griff in die bildungspolitische Mottenkiste. Statt auf längeres gemeinsames Lernen und frühe individuelle Förderung zu setzen, lautete ihre Antwort: Aufteilung der Kinder bereits nach Klasse 4 und ein zu frühes Festlegen auf Bildungswege. Dies wird vielen Kindern nicht gerecht. Rund 10% der Bremer Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule jedes Jahr ohne Abschluss. Bremen gehört zu den Spitzenreitern beim Sitzenbleiben. Das muss nachhaltig durch zusätzliche Förderung geändert werden. Mit den Schwerpunkten Familienbildung, Kindergarten und Grundschule wollen wir in den nächsten vier Jahren diese Reform von unten beginnen.

Kindgerechte Lernkultur fördern. Alle Kinder sind neugierig und wollen lernen. Diese Chance darf man nicht verpassen. Unflexible Stundenpläne, starre Fächer und enge Lehrpläne schränken die Kreativität der Kinder, aber auch der Lehrkräfte unnötig ein. Wir wollen eine kindgerechte Lern- und Lehrkultur, die Lust am Lernen fördert. Zu dieser Lernkultur gehört forschendes, fächerübergreifendes Lernen, bei dem die Interessen der Kinder aufmerksam einbezogen werden. Lernentwicklungsberichte ermöglichen eine differenzierte individuelle Beurteilung der einzelnen Kinder. Zensuren und Sitzenbleiben in der Grundschule lehnen wir ab.

Gemeinsames Lernen. Wir GRÜNEN setzen uns für ein grundlegendes Umdenken in der Bremer Bildungspolitik ein: nicht länger früh sortieren, sondern alle Kinder und Jugendliche so lange wie möglich gemeinsam unterrichten. Wir wollen niemanden mehr in Begabungsschubladen sortieren, sondern die Interessen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt der Schule stellen. Die Qualität von Schule zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sie in der Lage ist, alle SchülerInnen nach deren individuellen Fähigkeiten zu fördern; dies gilt insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Wichtig bleibt der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern.

Ganztagschule. Lernen braucht Zeit und Freiräume – in allen Schulen. Unterricht und Betreuung müssen

miteinander verzahnt werden. Dies gelingt am besten mit einem verbindlichen Ganztagsmodell. Ganztagschulen sind kein Allheilmittel, sie sind aber eine sinnvolle Investition in die Zukunft, für die Geld bereitgestellt werden muss. Dort, wo heute noch keine Ganztagschulen sind, sollen Horte bedarfsgerecht die Betreuung der Kinder sichern. Bremen hat das rot-grüne Bundesprogramm zur Schaffung von Ganztagschulen intensiv genutzt. Die qualitative Weiterentwicklung dieser Schulform bleibt für uns ein Schwerpunkt.

Gesunde Ernährung. Bildungs- und Gesundheitsbehörde sollen enger zusammenarbeiten. So soll in Kindergruppen, Kindergärten und Schulen gesundes Essen – möglichst unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst – zubereitet werden. Wir lehnen Bewerbung und Verkauf von ungesunden Speisen und Getränken an den Schulen ab. Der Schulablauf braucht mehr körperliche Bewegung. Dabei dürfen Übergewichtige nicht benachteiligt werden. Nicht in erster Linie die sportliche Leistung, sondern das Heranführen aller Kinder an den Sport ist dabei unser Ziel. Zur Überprüfung wollen wir weiterhin regelmäßige Berichte zur gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen erstellen lassen.

Eigenständigkeit von Schule. Das Schulwesen muss auf Chancengleichheit ausgerichtet, geschlechtergerecht und leistungsstark sein. Gute Schule entsteht nicht an den Schreibtischen der Bildungsbehörde.

Dazu gehört auch, dass die Schulkonferenzen wieder aufgewertet werden – gerade die Schulen müssen Musterbeispiele einer demokratischen Kultur sein – einseitig gestärkte Schulleitungen, wie sie die Bildungspolitik der großen Koalition geschaffen hat, würden zu diesem Ziel nicht passen. Die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern sollen gleichberechtigt Lösungen entwickeln können, die zu ihrer Schule passen. Dafür sollen die Schulen die Entscheidungen über pädagogische, personelle, wirtschaftliche und organisatorische Angelegenheiten selber treffen dürfen. Das setzt ein Vertrauen in die Prozesse der Schulen voraus. Dafür wollen wir die vielen Verordnungen, Erlasse und Formulare, die die Handlungsfreiheit der Schulen einschränken, weitestgehend außer Kraft setzen.

Gute Qualität sichern. Der Verzicht auf eine Steuerung der Schulen durch enge Vorgaben macht es erforderlich, die Schulen an ihren Ergebnissen zu messen. Durch regelmäßige Leistungsvergleiche der einzelnen Schulen wollen wir sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen eine gute Bildung erhalten. Aus den Ergebnissen der Leistungsvergleiche und anderer Evaluationen müssen Rückschlüsse auf die zukünftige Arbeit der einzelnen Schulen gezogen werden. Die Bildungsbehörde muss durch eine neu organisierte Schulaufsicht die Schulen auf ihrem Weg einer kontinuierlichen Leistungsverbesserung begleiten. Die Schülerinnen und Schüler sollen

regelmäßig die Qualität des Unterrichts und das Schulklima bewerten.

Lehrkräfte. Eine Weiterentwicklung und Verbesserung von Schule ist nur zusammen mit den Lehrerinnen und Lehrern möglich, die häufig von den aktuellen Anforderungen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit geführt werden. Der geforderte Wandel der Lernkultur, der Ausbau der Ganztagschulen, eine wachsende Reglungsdichte und eine verstärkte Präsenz an den Schulen steigert die Belastung der Lehrkräfte.

Mit besserer Weiterbildung, Arbeitsplätzen an den Schulen, Förderung von Kooperation der Lehrkräfte untereinander und mehr Selbstbestimmung über die eigenen Handlungen im Rahmen der Eigenständigkeit der Schule wollen wir diesem Phänomen entgegenwirken.

Veränderte Ausbildung. Die jetzige Ausbildung der Lehrkräfte wird den gegebenen Anforderungen nicht gerecht. Für alle Schulstufen muss das Studium neben den fachlichen Anteilen einen hohen pädagogischen und didaktischen Anteil haben. Während des gesamten Studiums muss die Ausbildung berufs- und praxisnah erfolgen. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse war richtig. Allerdings dürfen zwischen dem Bachelorabschluss und dem Masterstudium keine neuen Hürden aufgebaut werden. Die Ausbildung der Lehrkräfte für Primarschulen und für die Sekundarstufen I und II muss gleichwertig sein.

Mehr als Lehrerinnen und Lehrer. Die Schulen brauchen unterschiedlich qualifiziertes Personal, um die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, zu meistern. Neben Lehrkräften können Sozialpädagogen, Erzieherinnen, aber auch Künstler und Handwerkerinnen zur Qualität von Schule beitragen. Schulen brauchen deshalb ein Budget, mit dem sie über die Lehrkräfte hinaus Personal engagieren können. Wir wollen besondere Anstrengungen unternehmen, für alle Berufe und Tätigkeiten in Schule und Ausbildung qualifizierte junge Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Die Verbeamtung von Lehrkräften halten die GRÜNEN für überholt.

Eltern. Das Verhältnis von Eltern und Schule ist von zentraler Bedeutung für wirkungsvolle schulische Sozialisations- und Bildungsprozesse. Elternhaus und Schule sollen eng miteinander kooperieren; dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Lösung zukünftiger Bildungsaufgaben.

Schulformen weiterentwickeln

Grundschule. Wir wollen die Grundschulen dabei unterstützen, alle Kinder besser individuell zu fördern. Wir befürworten eine flexible Eingangsstufe und jahrgangsübergreifendes Lernen in der gesamten Primarstufe. Grundschulen, die einen höheren Anteil von Kindern mit Startschwierigkeiten haben, müssen besser gestellt werden. Wir fordern eine enge Kooperation

zwischen Grund- und SEK I-Schulen. Wir wissen, dass es vor dem Hintergrund sinkender Zahlen an Schülerinnen und Schülern in den nächsten Jahren weiterhin Diskussionen geben wird, Schulstandorte aufzugeben. Die GRÜNEN wollen so viele Standorte für Grundschulen wohnortnah erhalten, wie es geht. Wir lassen uns von dem Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“ leiten. Für die weiterführenden Schulen können Zusammenlegungen in der Zukunft eher Vorteile bringen, weil nur so ein möglichst vielfältiges Kursangebot aufrecht erhalten werden kann.

Sekundarstufe I. Eine Schule für alle ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft und die Probleme des gegliederten Schulwesens. Eine lange gemeinsame Schulzeit erhöht die Chancen zur gezielten Förderung eines Kindes und Jugendlichen. Erst nach der Sekundarstufe I soll die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in differenzierte Bildungsgänge erfolgen, und zwar ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechend. In der Schule für alle wird niemand ausgesondert und beschämt. Alle Mädchen und Jungen werden in ihrer Individualität wertgeschätzt, gefördert und herausgefordert, ihre Potenziale zu entwickeln. Die Grundausbildung soll in den Schulformen so aufeinander abgestimmt sein, dass die Durchlässigkeit zwischen allen Schulsystemen gewährleistet ist.

Es wird im Land Bremen kein abrupter Systemwechsel möglich sein. Daher soll das Schulwesen der Zukunft aus den bestehenden Schularten entwickelt

werden. Bestehende Schulen werden zu integrativen Systemen weiter entwickelt. Wir streben dazu Folgendes an:

- Jede Schule ist verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler, die sie aufgenommen hat, zu behalten und zu fördern.
- Alle Abschlüsse der Sekundarstufe I können – unabhängig von der Schulform – an jeder Schule erworben werden.
- Die Schulen können auf die Vergabe von Noten verzichten und pädagogisch bessere Formen der Leistungsbewertung anwenden. Es gehört zum Auftrag der Schule, Klassenwiederholungen zu vermeiden.
- Durch Beratung, Fortbildung und Anreize wird der Anteil des Unterrichts in heterogenen, jahrgangsübergreifenden Lerngruppen ausgeweitet.
- Wir werden die rechtlichen Möglichkeiten im Schulgesetz schaffen, damit Einzelschulen sich integrativ entwickeln können.

Wir wollen die Bevölkerung, insbesondere die Lehrkräfte und Eltern, für Integration gewinnen und sie davon überzeugen, dass frühe Auslese überholt ist.

Gymnasiale Oberstufe. Die gymnasiale Oberstufe soll die Schülerinnen und Schüler auf das selbständige und wissenschaftliche Arbeiten an den Hochschulen vorbereiten. Die immer strengeren Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) und darüber hinausgehende

Abiturverordnungen Bremens haben die Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler immer weiter eingeschränkt. Durch die Einführung der Profiloberstufe, die einzelne Fächer miteinander verknüpfte, kam es zu einer weiteren Einschränkung. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, die von der KMK belassenen Spielräume für mehr Wahlfreiheit zu nutzen. Eine Mindestgröße der gymnasialen Oberstufen und jahrgangsübergreifender Unterricht stellen sicher, dass die Schulen eine Fächervielfalt anbieten können.

Ausbildung. Jeder Jugendliche hat das Recht auf einen Ausbildungsplatz. Die Kontakte zwischen Schulen und Betrieben müssen verbessert, der Übergang in die Ausbildung wirklichkeitsnäher organisiert werden. Damit alle Jugendlichen die Berufs- und Beschäftigungsfähigkeit erlangen, ist es dringend erforderlich, dass die Sek I-Schulen gezieltere Orientierung und Vorbereitung zur beruflichen Laufbahn anbieten und dass dies auch in den Lehrplan der gymnasialen Oberstufen aufgenommen wird.

Der Ausbau der Berufsschulen zu regionalen Berufsbildungszentren soll abgeschlossen werden. Ausbildungsbegleitende Förderangebote für Jugendliche müssen ausgebaut und eine unabhängige Berufsberatung muss eingerichtet werden. Jugendliche mit Berufsausbildung sollen die Chance erhalten, das Abitur zu machen. Die von der großen Koalition abgeschafften NichtabiturientInnen-Kurse wollen wir wieder einführen.

Lebensbegleitendes Lernen. Lebensbegleitendes Lernen heißt, nach einer guten Schul- und Berufsausbildung regelmäßig organisiert sowie informell weiter zu lernen. An die grundlegende Ausbildung knüpft das Anschlusslernen für Erwachsene an, um moderne Berufsarbeit und gesellschaftliche Teilhabe individuell zu verwirklichen. Dafür müssen gut ausgerüstete Kindergärten, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen aufeinander abgestimmt sein. Von besonderer Bedeutung ist der zweite Bildungsweg, insbesondere die Erwachsenenschule. Er bietet unter dem Aspekt zunehmenden Qualifizierungsdrucks vielen Berufstätigen eine wichtige Perspektive.

2. Kindern und Jugendlichen gerecht werden

Politische Entscheidungen werden oft über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg getroffen. Das wollen wir ändern. Kinder und Jugendliche sollen an Entscheidungsprozessen mitwirken können. Ein Beispiel dafür ist der von den GRÜNEN in Schwachhausen durchgesetzte Jugendbeirat.

Wir machen uns dafür stark, dass nicht nur das Wahlalter für die Beiräte, sondern auch für die Kommunal- und Landesebene auf das 16. Lebensjahr herabgesetzt wird. Stadtteilgremien sollen gemeinsam mit den Jugendlichen Lösungen entwickeln, wie junge Menschen am besten in die politischen Entscheidungen vor Ort einbezogen werden können. Die Schule, als Mittel-

punkt des Lebens von jungen Menschen, muss von den Schülerinnen und Schülern demokratisch mitbestimmt werden. Außerdem sollen die Schülervertretungen Ort allgemeiner politischer Auseinandersetzungen sein. Die Gesamtschülervertretung in Bremen und der Stadtschülerring in Bremerhaven stellen demokratisch legitimierte Vertretungen aller Schülerinnen und Schüler dar und sollten von der Politik als kompetente Ansprechpartner stärker genutzt werden.

Angebote machen. Durch die Einführung von Ganztagschulen nimmt die Schule für Kinder und Jugendliche eine zentralere Rolle in ihrem Leben ein. Das setzt eine bessere Kooperation zwischen Schule, Stadtteil und Jugendhilfe voraus. Diese Zusammenarbeit soll jungen Menschen in ihrem Alltag ein attraktives und ihren Bedürfnissen entsprechendes Freizeitangebot ermöglichen. Jugendinitiativen, Jugendverbände und außerschulische Jugendbildung brauchen verlässliche Finanzierungen, um stadtteilorientierte Angebote zu initiieren. Zusätzlich wollen wir einen unbürokratischen Innovationstopf für Jugendarbeit, dessen Mittel zweckgebunden sind und ausschließlich zur Anschubfinanzierung neuer Kinder- und Jugendprojekte ausgegeben werden. Neben der gezielten Steigerung der spezifischen Angebote für Mädchen und Jungen muss auch darauf gedrängt werden, dass sich die Jugendverbände stärker Migrantinnen und Migranten öffnen, um einen wichtigen Beitrag zur Integration zu leisten.

Armut bekämpfen. Kinder- und Jugendliche sind in besonderem Maß von Armut betroffen. In Bremen lebt jedes dritte Kind an der Armutsgrenze. Das behindert die Entwicklung und erschwert das Herausbilden von Selbstbewusstsein und einer optimistischen Einstellung zur Zukunft. Zur Unterstützung von Familien in schwierigen Lebenslagen sollen wieder mehr Familienhebammen eine regelmäßige Hilfestellung in den ersten Lebensjahren eines Kindes anbieten. Wir wollen die Lage dieser Kinder dadurch verbessern, dass es gute Kindergärten und Schulen mit einer gesunden Ernährung gibt und kostenlose und interessante Jugendfreizeitangebote.

Die Hartz-Gesetze, nach denen erst junge Erwachsene über 25 Jahre das Recht auf eine eigene Wohnung haben, werden in Bremen besonders rigide ausgelegt. Das wollen wir ändern.

Wie das Schicksal des kleinen Kevin gezeigt hat, darf der Staat nicht das Herausnehmen aus der Familie von den damit verbundenen Kosten abhängig machen. Hilfe für Kinder und Jugendliche in Not muss finanziell ausreichend ausgestattet sein, reibungslos funktionieren und von engagierten MitarbeiterInnen umgesetzt werden.

3. Hochschulen – offen, innovativ und zukunftsfähig

Bildung, Ausbildung, Wissenschaft, Forschung, Weiterbildung: Das sind die entscheidenden Grundlagen, um

Arbeit, Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und politische Teilhabe der Menschen im Land Bremen für die Zukunft zu sichern. Ohne erfolgreiche Hochschulen kein erfolgreicher Strukturwandel der Gesellschaft, das zeigen Beispiele aus aller Welt. Wir nehmen die Herausforderung an, gerade in schwierigen Zeiten an der Sicherung und am Ausbau zukunftsfähiger Hochschulen zu arbeiten.

Gute Lehre und gute Ausbildung. Die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven haben in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen Hervorragendes geleistet. Das gilt für die praxisnahe und zugleich international ausgerichtete Ausbildung an den Fachhochschulen, das gilt für die renommierte Arbeit der Hochschule für Künste, das gilt für die Entwicklung von exzellenten Forschungsprogrammen der Universität, das gilt für das Zusammenwirken der Hochschulen beim Projekt „Stadt der Wissenschaft“. Diese Arbeit werden wir weiter unterstützen. Gleichzeitig wollen wir aber in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf gute Lehre und gute Ausbildung setzen.

Es wird erwartet, dass die Zahl derjenigen, die ein Studium beginnen, in den kommenden 10 Jahren um bis zu 20 Prozent steigen wird: Das wird die entscheidende Herausforderung und Chance für die Hochschulen auch in Bremen werden. Denn im Wissen und in der Fähigkeit zur breiten Anwendung von Wissen liegt unsere Quelle gesellschaftlichen Reichtums; gut qualifizierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen

werden gebraucht und auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt. Deshalb wollen wir, dass mehr junge Menschen an die Hochschulen gehen, wir wollen, dass mehr junge Menschen erfolgreich eine wissenschaftlich fundierte Berufsausbildung abschließen; und wir wollen, dass mehr Frauen und Männer sich für Berufe in der Wissenschaft qualifizieren.

Studienkapazitäten ausbauen. Die jungen Frauen und Männer, die in den kommenden Jahren ein Studium aufnehmen können, müssen deshalb einen Studienplatz und nicht eine geschlossene Tür vorfinden. Dazu müssen die Studienkapazitäten ausgebaut werden und nicht abgebaut, wie es die große Koalition in Bremen gegenwärtig vorbereitet. Bremen bildet viele Studierende aus anderen Bundesländern aus und leistet damit einen hohen Beitrag zur gemeinsamen Aufgabe Hochschulausbildung, der vom föderalen Finanzausgleich nicht abgedeckt wird. Auch wenn das durch die Föderalismusreform schwieriger geworden ist: Der notwendige Ausbau von Studienplätzen muss eine gemeinsame Anstrengung aller Länder und des Bundes sein. Deshalb müssen die Länder, die wie Bremen über ihren eigenen Bedarf hinaus Studienplätze anbieten, entsprechend unterstützt werden.

Qualität der Lehre. Mehr junge Frauen und Männer sollen studieren können, und sie sollen vor allem in guter Qualität und mit Erfolg studieren können. Dazu sind erhebliche Verbesserungen in der Organisation

und in der Qualität der Lehre erforderlich – die Hochschulen müssen hier eigene „Exzellenz-Initiativen“ starten. Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen muss umfassend zu Ende geführt und mit der Entwicklung vielfältiger moderner Studienangebote verbunden werden. Der Bachelorabschluss muss zur Berufsfähigkeit der Absolventen und Absolventinnen führen. Der Übergang zu weiterführenden Masterstudiengängen darf nicht mit Quoten begrenzt werden. Fähigkeiten in der Lehre müssen bei der Einstellung von wissenschaftlichem Personal größeres Gewicht erhalten. Die Rechte von Studierenden bei Berufungsverfahren müssen deshalb gestärkt werden. Des Weiteren muss gute Lehre bei der Zuteilung von Finanzmitteln unterstützt und belohnt werden. Für Studierende mit Kindern ist die Kinderbetreuung zu verbessern.

Erststudium gebührenfrei. Wir wollen, dass soziale Schranken keine Rolle bei der Wahl des Ausbildungswegs und der Mobilisierung von Talenten spielen. Ein vielfältiges Angebot und ein zeitlich übersichtliches und gut organisiertes Studium sind wichtig dafür, dass möglichst viele, die studieren wollen, dies auch tun. Niemand soll durch hohe finanzielle Belastungen vom Studium abgehalten werden. Wir treten deshalb weiterhin dafür ein, dass das Erststudium bis zu einem Masterabschluss gebührenfrei bleibt.

Eigenanstrengungen der Hochschulen. Mehr Geld für Bildung und Hochschulen: ja; aber auch mehr Bildung

und mehr Hochschule fürs Geld. Es geht nicht ohne weitere eigene Anstrengungen der Hochschulen. Wir erwarten von den Hochschulen im Land Bremen vertiefte Formen von Kooperation, bei Verwaltung und Management, aber auch in Forschung und Lehre. Neue Schwerpunkte und neue Festlegung der jeweiligen Stärken und damit eine neue Arbeitsteilung sind nötig. Das gilt vor allem für die Universität: Wenn sie weiter den erfolgreichen Weg einer Forschungsuniversität geht – mit Erfolgen auch in der bundesweiten „Exzellenzinitiative“ –, müssen ihre Ausbildungsaufgaben differenziert neu bestimmt werden; auch in Unterscheidung zu den Fachhochschulen, die weiter in ihren Stärken unterstützt werden müssen. Mit Kooperation, gemeinsamer Planung und Arbeitsteilung auch über die Landesgrenzen hinweg muss endlich Ernst gemacht werden. Die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten muss der Kern einer „wissensorientierten Region“ werden, wie sie auch von der EU im neuen Forschungsrahmenprogramm unterstützt wird.

Lehrkörper und Personal. Ausbau und Ausfächerung der Studienangebote und unterschiedliche Hochschulschwerpunkte erfordern eine neue Differenzierung des Lehrkörpers und des übrigen Personals. Die Hochschulen sollen flexibler entscheiden können, ob die Beiträge der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärker in der Forschung oder der Lehre liegen sollen; es muss möglich sein, wissenschaftliche „Spezialisten“

ebenso für Hochschulmanagement wie für gute Lehre auf Dauer zu beschäftigen. Die Junior-Professur soll verstetigt und ausgebaut werden. Ein einheitlicher Wissenschaftstarifvertrag ist dringender denn je; der Beamtenstatus für Hochschullehrerinnen und -lehrer steht einer modernen Personalstruktur im Weg.

In der Frauenförderung muss mit falscher Geduld Schluss gemacht werden. Wir können es uns nicht leisten, dass Fähigkeiten und Kreativität der Hälfte des Himmels weiter gering geschätzt werden. Wir fordern deshalb eine harte Quote: Zunächst sollen 40% der ausgeschriebenen Stellen in den jeweiligen Hierarchiestufen und Funktionsbereichen mit Frauen besetzt werden. Dies muss unter anderem mit deutlich besseren Kinderbetreuungsangeboten abgesichert werden. Alle Spitzen-Unis weltweit haben einen hohen Anteil an Wissenschaftlerinnen!

Der internationale Austausch von Studierenden und Lehrenden muss selbstverständlicher Teil einer modernen Hochschulbildung sein; er sollte auch für die Universitätsstudiengänge zum Regelfall werden. Doppelabschlüsse im Verbund mit anderen europäischen Hochschulen sollen gefördert werden. Bürokratische Hürden für ausländische Studierende und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müssen abgebaut werden. Die Semesterzeiten der Bremer Hochschulen sollen zur Verbesserung der Mobilität internationalen Gepflogenheiten angepasst werden.

Autonomie der Hochschulen. Kein Engagement, keine Kreativität ohne Eigenverantwortung. Wir wollen die Autonomie der Hochschulen ausbauen, die Berufung von Professorinnen und Professoren muss keine Senatsveranstaltung, die Verwaltung des Hochschulvermögens keine Staatsaktion sein; dann sind auch begrenzte unternehmerische Tätigkeiten der Hochschulen sinnvoll. Zur Selbstverantwortung und Selbstverwaltung der Hochschulen gehört auch, dass die Arbeit der Studierendenvertretungen nicht länger durch kleinliche Einschränkungen behindert wird. Wir setzen auf gesellschaftlich und politisch aktive Studierende, ihre Vertretungen haben daher auch politisches Mandat!

Wissenstransfer. Die Bremer Hochschulen haben viele Anstrengungen unternommen, Wissenschaft und Wissen in die Gesellschaft zu tragen, mit Technologietransfer, mit dem Haus der Wissenschaft, mit der Kinder-Uni und Verbindungen zur Schule. Aber die entscheidende Fähigkeit zur Innovation braucht mehr: Sie braucht den Dialog, um auch die Fragen, die Anstöße der Bürgerinnen und Bürger, der Gesellschaft in die Wissenschaft zu tragen. Dabei geht es um die Industrie, um Dienstleistungen, um Politik; es geht daher um Gesellschaftswissenschaften ebenso wie um Natur- und Ingenieurwissenschaften. Diesen offenen Dialog wollen wir fördern. Er hat viele Seiten: Zu einem solchen Dialog mit praktischem Ziel kann zum Beispiel gehören, dass die Lehrenden und Studierenden eines

Fachbereichs sich in einer Bewegung zur Bildungsintegration von Migranten und Migrantinnen engagieren.

Forschung. In der staatlich geförderten Forschung an Hochschulen und Instituten außerhalb der Hochschulen haben sich in den vergangenen Jahren erfolgreiche Schwerpunkte herausgebildet. Wir wollen bei der Weiterentwicklung dafür eintreten, Einseitigkeiten zu vermeiden und dass die Wissenschaft in Bremen auch kritische Beiträge für die großen Herausforderungen liefern kann. Einige Beispiele dafür sind Energie sparende Fertigungsmethoden, alternative Energien, Technikfolgenabschätzung, Bildungs- und Genderforschung. Wir wollen prüfen, wie die aus den Hochschulen ausgegründeten Forschungsinstitute so weit als möglich in die Hochschulen reintegriert werden können.

Schluss mit den Affenversuchen. *BÜNDNIS 90/Die Grünen* haben von Anfang an aus ethischen Gründen die invasive Forschung an Affen grundsätzlich abgelehnt. Wir waren dagegen, dass diese Forschungen an der Universität begonnen wurden, und fordern weiter ihr Ende.

Ein klares Wort zum Schluss: Die private International University Bremen (IUB, neu: Jacobs University Bremen) hat ihre Gründungsphase mit staatlicher Finanzhilfe abgeschlossen und bietet heute erfolgreiche Studiengänge an; die finanzielle Grundlage ist dafür aber noch nicht auf Dauer geschaffen. Das Land Bremen

wird die IUB politisch weiter unterstützen, aber staatliche Gelder wird es nicht mehr geben.

Bremen – erfolgreich und lebendig

1. GRÜNE Wirtschaftspolitik für Bremen

GRÜNE Wirtschaftspolitik hat zum Ziel, dass möglichst viele Menschen in Bremen und Bremerhaven von ihrer Arbeit leben können und Unternehmen hier Steuern zahlen. Der wirtschaftliche Strukturwandel, den Bremen und Bremerhaven zu bewältigen haben, ist noch längst nicht abgeschlossen. Neben dem Aufbau einer exzellenten Forschungslandschaft, technologie-intensiver Branchen wie der Luft- und Raumfahrt, der maritimen Wirtschaft und den regenerativen Energien sowie der Stärkung der Häfen und des Logistikstandorts bleibt noch viel zu tun. Noch immer ist Bremens Wirtschaftsstruktur einseitig durch Großunternehmen geprägt, ist der Dienstleistungssektor schwach entwickelt, die Selbständigkeitsquote gering und die Zahl der Arbeitsplätze rückläufig. Allein zwischen 2003 und 2005 verlor Bremen über 10.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Das kreative Potenzial. Wirtschaftspolitik wird in Zukunft mit weniger Geld auskommen müssen und ist doch zu mehr Erfolg verpflichtet. Letztlich bildet die wirtschaftliche Entwicklung – trotz aller Verteilungseffekte des Länderfinanzausgleichs – die Grundlage

für die Einnahmen Bremens. Die GRÜNEN setzen deshalb darauf, das kreative Potenzial der beiden Städte zu mobilisieren. Es wird darauf ankommen, mehr Menschen als bisher in den nötigen wirtschaftlichen Aufbruch einzubeziehen: ihren Mut, ihr Engagement, ihre vielfältigen Talente und ihren Ideenreichtum zu nutzen – als Selbständige wie als Beschäftigte.

Talente, Technologie, Toleranz.

Der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg liegt in einer integrierten Wirtschaftspolitik, die neben der direkten Wirtschaftsförderung auch das Bildungssystem und das städtische, kulturelle und soziale Umfeld umfasst. Mit der Orientierung an Talenten, Technologie und Toleranz können wir dem Strukturwandel eine ebenso GRÜNE wie zukunftsweisende Richtung geben. Echte Zugangschancen für alle Teile der Bevölkerung, die Förderung des regionalen Wissensaustauschs und die Pflege kreativer Milieus sind im Übergang zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft bedeutende Standortfaktoren.

Talente für Bremen. Das wichtigste Kapital, das Bremen hat, sind seine Talente: handwerkliches Geschick und akademisches Verständnis, soziale und kommunikative Fähigkeiten, Kreativität und Ideenreichtum. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Bildungschancen nicht länger von der sozialen Herkunft abhängen und dass die Talente auch die Möglichkeit bekommen, ihre

Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Mit seinen Bildungseinrichtungen lockt Bremen viele Menschen nach Bremen, die wir für die Bremer Wirtschaft gewinnen wollen.

Technologien nutzen. Bremen hat sich zu einem exzellenten Wissenschaftsstandort entwickelt. Doch die Forschungsergebnisse finden in erster Linie außerhalb Bremens Anwendung. Die GRÜNEN setzen auf den verstärkten Technologietransfer durch Ausgründungen und Kooperationen. Zugleich wollen wir für Unternehmen Anreize schaffen, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Handwerksunternehmen können zum Beispiel regenerative Energietechniken dazu nutzen, neue Märkte zu erschließen. Durch den besseren Zugang zu Risikokapital und offene Wettbewerbe wollen wir den Erfindergeist stärken.

Toleranz stärkt. Vielfalt ist die Voraussetzung von Kreativität – gerade die wirtschaftlich erfolgreichen Regionen zeichnen sich durch mannigfaltige Lebensweisen und die Repräsentanz von Minderheiten im öffentlichen Raum aus. Bremen soll seinem guten Ruf als weltoffene und tolerante Stadt wieder gerecht werden. Kreative Milieus brauchen Freiräume. Die GRÜNEN wollen in stadteigenen Immobilien Zwischennutzungen ermöglichen und auf dem Gelände der Bremer Wollkammer in Blumenthal in Bremen-Nord, am Güterbahnhof und in der Überseestadt Experimentierräume für kreative Unternehmen und Kunstprojekte bereitstellen.

Bremen im Aufbruch – GRÜNE Schritte zu einer effizienteren Wirtschaftspolitik

In der Vergangenheit hat die große Koalition das Geld für Großprojekte aus dem Fenster geworfen, ohne dass es zu nachhaltigen Erfolgen kam. Ihre Wirtschaftspolitik war einseitig auf überregionale Investoren und die exportorientierte Industrie ausgerichtet. Gewerbeflächen wurden mit Autobahnanschluss erschlossen und touristische Prestigeprojekte wie der Space Park, die Botanika oder das Musical sind gescheitert. Die GRÜNEN wollen dagegen die regionale Wirtschaft, die vorhandenen Unternehmen und Gründerinnen und Gründer stärker in den Blick nehmen.

Gesellschaftliche Herausforderungen – wirtschaftliche Chancen. Mutige und ideenreiche Unternehmerinnen und Unternehmer sind die entscheidende Grundlage für die Entwicklung des Dienstleistungssektors. Für die älter und bunter werdende Gesellschaft brauchen wir in den Bereichen Service, Pflege, Handel, Erziehung oder Betreuung mehr Dienstleistungen. Das gilt auch für den altengerechten Umbau von privatem Wohnraum.

Steigende Strompreise, sowie die Notwendigkeit, CO₂ einzusparen bieten gerade auch für Handwerksbetriebe, Planungsbüros, Beraterfirmen und regional orientierte Unternehmen zukunftsfeste Märkte. Der Einbau regenerativer Technologien, ressourcenschonender Produkte und die energieeffiziente Sanierung schaffen

Arbeitsplätze. Unsere technologischen Stärken in der maritimen Wirtschaft, der Luft- und Raumfahrt und der Logistik wollen wir stärker für ökologische Lösungen nutzen.

Wirtschaftsförderung auch für kleine Unternehmen.

In Bremen gibt es 12.000 kleine und kleinste Betriebe, bei denen rund 100.000 Menschen angestellt sind: aus dem Handwerk, den Freien Berufen, dem Handel, den Dienstleistungsbranchen oder der spezialisierten Fertigung und Entwicklung. Für die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition spielten sie eine nachgeordnete Rolle, obwohl sie das Rückgrat der lokalen Versorgung bilden und die Motoren des Strukturwandels sein können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Wirtschaftsförderung zum Dienstleister auch der kleinen Unternehmen machen: Unterstützung bei Bankkontakten, Vermittlung von Immobilien, Ad hoc-Beratung bei wirtschaftlichen und rechtlichen Schwierigkeiten. Förderprogramme sind so zu gestalten, dass sie von kleinen Unternehmen genutzt werden können. Die Bremer Wirtschaftsförderungseinrichtungen sind keine Behörde, die das Wirtschaftsgeschehen selbst bestimmt. Vielmehr müssen sie ein effizienter Dienstleister der Unternehmen in ihrer realen Vielfalt werden. Die Kapazitäten der Wirtschaftsfördereinrichtungen sind den veränderten Aufgaben anzupassen.

Die GRÜNEN setzen sich für den Abbau von Marktzugangsbarrieren ein, wie zum Beispiel den Meister-

zwang. Auch die strikte Einhaltung des Vergabegesetzes und klare Regeln bei der Vergabe von Gutachten und Softwareerstellung tragen zur mehr Chancengerechtigkeit bei.

Bremen gründet. Wir wollen Bremen zum attraktivsten Standort für Gründerinnen und Gründer im Nordwesten machen. *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* wollen die Bremer Existenzgründungsinitiative zu einem Servicecenter erweitern, bei dem Existenzgründerinnen und -gründer auch die Eintragung ins Handelsregister, die Anmeldung beim Finanzamt oder die Zulassung als Handwerksbetrieb etc. in die Wege leiten können. Neben der gründungsfreundlichen Förderstruktur bedarf es vor allem freier Räume für Experimente, einer schöpferischen Atmosphäre und eines kreativen Images, um engagierte und talentierte Leute zu halten und nach Bremen zu locken. Bremen sollte sich als Gründungsstandort gerade auch in der Region und an den Hochschulen noch offensiver vermarkten.

Frauen investieren. Viele Unternehmen, gerade im wachsenden Dienstleistungssektor, werden erfolgreich von Frauen geführt. Jede dritte Gründung in Bremen geht von Frauen aus. Damit liegt Bremen über dem Bundesdurchschnitt. Durch spezifische Beratungsangebote, Coaching und die Förderung von Netzwerken wollen wir den Frauenanteil weiter steigern. Die Wirtschaftsförderprogramme sind geschlechtergerecht zu gestalten. Richtlinien sind so zu ändern,

dass die Programme auch von Teilzeitgründerinnen genutzt werden können.

Unternehmen mit Migrationshintergrund. Bremen kann es sich nicht leisten, auf die wirtschaftlich Initiative von Migrantinnen und Migranten zu verzichten. Migrantische Selbständige sind längst nicht mehr nur als Änderungsschneiderinnen oder Gemüsehändler tätig. In bis zu 3.000 Betrieben stellen sie in Bremen eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, und das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft. Neben der Gründungsförderung soll durch Beratung und praxisnahe Qualifikationsangebote in Betriebswirtschaft und Gewerbe recht ihre Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Wir GRÜNE wollen ein eigenes Förderprogramm auflegen. In den Sprachkenntnissen der Migrantinnen und Migranten und ihren Kontakten liegen vielfältige Chancen für die Erschließung neuer Märkte.

Die Überseestadt wachsen lassen. In der Überseestadt gibt es mit den Speichern I und XI gute Beispiele dafür, wie mit kostengünstiger Sanierung von Bestandsbauten und Freiräumen eine wirtschaftliche Dynamik entfacht werden kann: Angesichts der Nähe zur Innenstadt und der attraktiven Lage am Wasser ist die Überseestadt die Fläche in Bremen, die es vorrangig zu entwickeln gilt. Wir GRÜNEN wollen einen lebendigen Stadtteil aus Büro- und Gewerberäumen, Gastronomie und Freizeit sowie Wohnen, wie ihn moderne Unternehmen suchen. Dass für die weitere Erschlie-

ßung der Überseestadt nur sehr begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, ist für uns eine Chance. Sie zwingt uns, auf großflächige Investorenprojekte zu verzichten und stattdessen einen kreativen Stadtteil wachsen zu lassen, ohne die Unternehmen im Bestand zu gefährden.

Tourismus, der zu Bremen passt. Mit der historischen Altstadt, dem maritimen Vegesack, den Häfen, dem Tourismusgebiet Neuer/Alter Hafen in Bremerhaven, der Messe, dem Spitzensport, den Museen und Theatern haben Bremen und Bremerhaven ein vielfältiges Angebot für Touristinnen und Touristen, Geschäftsleute und Tagesbesuche aus der Region. Zukünftig werden weniger Mittel zur Verfügung stehen, die bestehenden Einrichtungen zu subventionieren und zugleich für die nötigen Events zu sorgen, die ein touristisches Ziel braucht. Nicht alle Projekte der großen Koalition, wie zum Beispiel die Rennbahn, die jetzt kostspielig betrieben werden muss, können weiter subventioniert werden. Die Botanika ist auf Effizienz und Kosten zu überprüfen. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** plädieren für ein realistisches Tourismuskonzept, das attraktive Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen bereithält, die Tagesbesucher und Familienurlauber aus der Region nicht vergisst und Einrichtungen Planungssicherheit gibt. Der Tourismus ist in Kooperation mit den Umlandgemeinden weiter zu entwickeln.

Wir GRÜNE wollen Naturschutz, Naturerlebnis und Tourismus miteinander verbinden und ausbauen. Mit dem von uns verfolgten Ziel, die Flussniederungen Bremens und der angrenzenden niedersächsischen Bereiche als Biosphärenreservat auszuweisen, würden nicht nur der Tourismus und die Umwelt, sondern auch die Region insgesamt gewinnen.

Korruption bekämpfen. Die Chance für Unternehmen, einen Auftrag in Bremen zu erhalten, wenn sie das bessere und günstigere Angebot abgegeben haben, ist wichtig für Bremens Ansehen und sparsames Wirtschaften. Die Wettbewerbsgesetze müssen strikt eingehalten werden. Vergabeentscheidungen dürfen nur nach Ausschreibungen erfolgen und müssen überprüfbar sein. Das gilt auch für Bremens Gesellschaften. Die einseitige Bevorzugung von Unternehmen oder problematische Subventionsentscheidungen wie bei der Atlantic-Hotelkette dürfen sich nicht wiederholen. Firmen, die in den Verdacht geraten, sich auf korruptiven Wegen Aufträge beschafft zu haben, müssen von weiteren Vergaben ausgeschlossen werden. Das jahrelang von den GRÜNEN geforderte und nun beschlossene Antikorruptionskonzept wollen wir in Zukunft mit Leben füllen.

Bremerhavens Chancen. Auch wenn immer weniger Arbeitskräfte immer größere Mengen an Gütern umschlagen: Der Hafen ist ein wichtiges Standbein Bremerhavens. Bremerhaven hat sich auf maritime

Technologien und Lebensmitteltechnologie konzentriert. Hochschule, Alfred-Wegener-Institut, die beiden t.i.m.e.Ports und das Biotechnologiezentrum bionord sind dabei wichtige Bestandteile. Damit knüpft Bremerhaven an die Kompetenzen seiner Unternehmen aus Logistik, Hafen, Schiffbau, Fischerei und Lebensmitteln an. Die GRÜNEN unterstützen die Entwicklung eines Technologieparks am Alfred-Wegener-Institut, um die Potenziale wirtschaftlich zu entfalten. Die GRÜNEN setzen sich für den Verbleib bestehender Einrichtungen vor Ort ein.

Häfen – eine Dienstleistung für die Republik

Die Bremer Häfen sind eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Bremen und der gesamten Bundesrepublik.

Über die Häfen wird der größte Teil des internationalen Warenumschslags Deutschlands abgewickelt. Es ist deshalb auch eine überregionale öffentliche Aufgabe, diese Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die finanziellen Hafenlasten müssen gerechter zwischen Bremen, der Gesamtheit der Länder und dem Bund verteilt werden, sowohl beim Bau als auch bei der Unterhaltung der Hafeninfrastuktur. Dies umfasst auch den Bau des Jade-Weser-Ports, der bisher allein von Bremen und Niedersachsen finanziert werden soll. Es ist auch zu prüfen, inwieweit die Hafennutzer an den Kosten zu beteiligen sind.

Deutsche Hafenstrategie. Wir brauchen endlich eine bundesweite Hafenstrategie, die die Investitionsentscheidungen der einzelnen Bundesländer sinnvoll aufeinander abstimmt. Es gilt Fehlinvestitionen zu vermeiden und die Folgekosten zu berücksichtigen, die nicht nur für die Unterhaltung der Anlagen, sondern auch für die Kosten zur Beseitigung von Umweltbeeinträchtigungen (z. B. erhöhten Deichschutz) anfallen. Die Abstimmung ist insbesondere notwendig, um die Eingriffe in die Natur auf das Notwendigste zu begrenzen. Eine Vertiefung der Unterweser lehnen wir als ökologisch und ökonomisch unsinnig ab. Die Vertiefung der Außenweser ist teuer und problematisch. Wir werden dies gegen die unbestreitbaren Vorteile für die Hafenvirtschaft abwägen.

Hafenhoheit. *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* setzen sich dafür ein, dass die stadtbremischen Häfen in Bremerhaven in Landeshäfen umgewandelt werden. In unseren Häfen muss die Loco-Quote (der Anteil der Weiterverarbeitung der hier angelieferten Güter) erhöht werden, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen entsprechende Firmen unterstützen und dafür sorgen, dass sich hier weitere Firmen ansiedeln.

Hafen und Umwelt. Die Häfen Bremens leisten einen wichtigen Beitrag für eine umweltschonende Logistik. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der Anteil der Güter, die mit Binnenschiffen und auf Schiene transportiert werden, weiter steigt. Wir begrüßen den Aus-

bau des Schienenverkehrs, erwarten allerdings, dass seitens der Bahn für verbesserten Lärmschutz gesorgt wird. Dies geht durch den Einsatz neuer, schallgedämmter Waggonen und Züge, leiserer Bremsen, lärmgedämmter Brückenaufleger, schallabsorbierender fester Fahrbahn und weiterer Lärmschutzwände, wo notwendig.

Die Hinterlandanbindung des CT 4 in Bremerhaven über die Straße ist ein Problem. Dies zeigt klar und deutlich, dass man sich vor dem Bau von Infrastruktur über die weiteren Auswirkungen Gedanken machen muss.

Wir GRÜNE wollen weiterhin die Weddewardener unterstützen, die durch den Bau des Containerterminals 4 Hafemissionen ausgesetzt sind. Bremerhaven-Weddewarden muss wohn- und lebenswert bleiben.

Bremen als Küstenland soll sich dafür einsetzen, dass die Sicherheitsstandards der Schiffe weiter erhöht werden und dass der Einsatz von umweltbelastenden Stoffen, wie z. B. das für die Schiffsmotoren als Treibstoff verwendete Schweröl, langfristig international verboten wird.

2. Arbeit für Menschen – menschliche Arbeit

Hauptziele GRÜNER Arbeitsmarktpolitik sind zukunfts-feste Arbeitsplätze und die erfolgreiche Integration von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt. Jeder

Mensch hat das Recht auf eine Existenz sichernde Arbeit – das ist und bleibt GRÜNES Leitbild.

Chancen für neue Arbeitsplätze sehen wir vor allem in den personennahen Dienstleistungen, in der Umwelt-, Energie- und Logistikwirtschaft sowie in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Mit seinen Hochschulen hat Bremen gute Voraussetzungen, die wirtschaftlichen Chancen der Wissensgesellschaft zu nutzen, sofern es gelingt, die ausgebildeten Fachkräfte in Bremen zu halten. In den Bereichen Pflege und Betreuung, Erziehung und Unterricht sowie im Handel und im Service ist der Bedarf an zusätzlichem Personal, der durch den demografischen Wandel noch wachsen wird, kaum zu übersehen.

Bildung und Ausbildung. Arbeitsplätze werden in der Wirtschaft geschaffen, und die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen, neue Arbeitsangebote zu entwickeln, setzt vorwiegend die Bundesebene. Gestaltungsmöglichkeiten hat die Bremer Politik vor allem bei den Voraussetzungen: gute Bildung, genügend Ausbildungsplätze und passgenaue Qualifizierungen. Der Bremer Pakt für Arbeit und Ausbildung muss so weiter entwickelt werden, dass allen ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht. Noch immer landen zu viele Jugendliche in Warteschleifen und Ersatzmaßnahmen. Bremen kann es sich nicht leisten, dass immer mehr Jugendliche ohne Ausbildung bleiben. Deshalb brauchen wir ein speziel-

les Förderprogramm für die Jugendlichen, die nach Jahren in der Warteschleife ohne Ausbildung arbeitslos oder nur geringfügig beschäftigt sind.

Tariftreue einhalten. Häufig sind Bremer Firmen besonders bei Bauaufträgen benachteiligt, weil andere Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben zur Tariftreue nicht einhalten. Wir wollen dafür sorgen, dass die Tariftreueerklärung auch kontrolliert wird, damit Firmen sich nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Konkurrenzvorteile verschaffen.

Nicht nur fordern, auch fördern. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik Bremens, des Arbeitsamts, der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS) und der Arbeitsgemeinschaft Job-Center-Bremerhaven muss endlich die individuelle Beratung und Unterstützung ins Zentrum des Handelns rücken. Alle Arbeitslosen haben das Recht auf eine konstruktive Förderung, damit sie nicht dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Auch Ältere, Alleinerziehende und geringer Qualifizierte müssen die Chance zur Teilhabe bekommen.

Öffentliche Beschäftigungsförderung. Angesichts der verfestigten Arbeitslosigkeit benötigen wir auch künftig öffentlich geförderte Beschäftigung, die aber die regulären Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarkts nicht verdrängen darf. Unser Grundsatz lautet: Individuell abgestimmte Ausbildung und Qualifizierung mit

Beschäftigungsmaßnahmen sinnvoll verzahnen, damit sie als Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt dienen. Hierfür ist das gesamte Instrumentarium zu nutzen, das nach dem Sozialgesetzbuch zur Verfügung steht: Weiterbildung, Umschulung, Eingliederungsmaßnahmen und auch Angebote zur Existenzsicherung, die in vorbildlicher Weise die Eigeninitiative der Arbeitslosen unterstützen.

Die einseitige Ausrichtung auf kurzfristige Ein-Euro-Jobs, wie sie in Bremen und Bremerhaven üblich ist, lehnen wir ab und wollen stattdessen eine stärkere Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit Qualifizierungsanteilen auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Diese Beschäftigten erhalten dadurch befristet einen normalen Arbeitsplatz. Volle Arbeitnehmerrechte, eine bessere Stellung in der Gesellschaft und Ansprüche auf Rente und Arbeitslosengeld sind die großen Vorteile unseres Vorschlags. Schon die Umwandlung von vier Ein-Euro-Jobs in drei sozialversicherungspflichtige Jobs ist für die öffentliche Hand kostenneutral.

Träger von Arbeitsförderungsmaßnahmen erhalten heute für den angebotenen Arbeitsplatz aus öffentlichen Mitteln mehr Geld als die dort Arbeitenden mit ihrem Ein-Euro-Job. Wir wollen einen Teil in Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt umbauen und dort Gehalt oder Lohn zeitlich befristet und degressiv bezuschussen, wenn Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen eingestellt werden. Bei Problemen im Betrieb kann der Staat mit einem verläss-

lichen System von Arbeitsassistenten Unterstützung leisten. Das bewirkt mehr Normalität für die Arbeitslosen und erhöht die Vermittlungschancen.

Chancengleichheit. Gerade benachteiligte Menschen dürfen bei der Förderung nicht zu kurz kommen, selbst wenn sie kein Arbeitslosengeld bekommen, wie viele Berufsrückkehrerinnen. Die Arbeitsmarktprogramme müssen geschlechtergerecht gestaltet werden. Wir wollen ein Chancengleichheitsprogramm für Frauen. Wir halten die Frauen-, Jugend- und offene Beratung für unverzichtbar. Sie müssen unabhängig arbeiten können und auch weiterhin finanziell abgesichert werden.

Hartz reformieren. Bei den Hartz-Reformen sind leider viele GRÜNE Vorstellungen im koalitionspolitischen Dschungel und im Vermittlungsausschuss auf der Strecke geblieben. Wir werden nicht locker lassen, bei der Umsetzung in Bremen wie auf Bundesebene für sozialere Regelungen zu streiten. Wir brauchen mehr Spielräume für die ausführenden Kommunen. Arbeitszwang unter der Drohung, sämtliche Unterstützung zu streichen, lehnen wir ebenso ab wie die Vergeudung von Arbeitskraft für überzogene Kontrollen. Gegenwärtig gibt es bei der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS) nur sieben Beschäftigte, um Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt einzuwerben, während zwölf für Kontrollen zuständig sind.

Mindestlohn statt Prekariat. Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geht mit der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse einher. Um die prekär Beschäftigten in der Wahrnehmung ihrer Arbeitsrechte zu unterstützen und ihren Interessen im politischen Raum mehr Gehör zu verschaffen, unterstützen wir die Arbeitnehmerkammer, wenn sie eine auf diese Personengruppe ausgerichtete Beratung zur Verfügung stellt.

Um auch geringer qualifizierten Menschen wieder bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu geben, muss bei niedrigen Einkommen die Schere zwischen dem, was der Arbeitgeber zahlt, und dem, was die Beschäftigten auf die Hand bekommen, geschlossen werden. Genauso wie im Steuersystem will das GRÜNE Progressiv-Modell die Sozialversicherungsabgaben im unteren Bereich senken und mit wachsenden Einkommen ansteigen lassen. Wenn die Löhne und Gehälter weiterhin nicht existenzsichernd sind, müssen nach Branchen und Regionen differenzierte Mindestlöhne durchgesetzt werden.

3. Ohne Kultur keine Stadt

Wir GRÜNEN können uns unsere Städte ohne Kultur nicht vorstellen. Kultur ist Individualität und Vielfalt, persönliche Freiheit und gemeinsames Erlebnis. Kultur, aktuelle wie historische, deutsche und fremde, ist ein Baustein der gemeinsamen Stadt, voller Widersprüche und voller Ansprüche. Die Museen, die kleinen und das

große Theater, die freie Szene, die Kunsthalle, die Stadtbibliothek, die Volkshochschule, die Bürgerhäuser, die soziokulturellen Zentren, die Künstlerinnen und Künstler geben Bremen ein unverwechselbares Gesicht. Die kulturelle Vielfalt trägt entscheidend zur Lebensqualität in Bremen bei.

Deshalb müssen die Städte und das Land Bremen die Kultur fördern. Das bedeutet für uns nicht nur, die Existenz der Kultureinrichtungen zu sichern. Das heißt auch, Neues zu entdecken und zu unterstützen und die verschiedenen Künste und Kulturen viel mehr Bürgerinnen und Bürgern und vor allem den jungen Menschen in allen Stadtteilen erlebbar zu machen. Wir wollen, dass Bremen ein spannender Ort für Kunst und Kultur bleibt. Die Bewerbung für die Kulturhauptstadt 2010 hat gezeigt, welches Potenzial in unseren Städten vorhanden ist.

Von der Kultur geht Erneuerungskraft aus, die wichtig ist für den erfolgreichen Strukturwandel von der Industriegesellschaft alter Prägung hin zu einer kreativen, wissensbasierten Ökonomie. Kulturpolitik bedeutet für uns, Freiräume zu erhalten, wo sich Kunst und Kultur entfalten und weiterentwickeln können. Dafür bedarf es des Austauschs, neuer Verbindungen, aber auch der Konkurrenz und des Wettbewerbs für neue Ideen.

Kultur hat ihren eigenen Wert

Kultureinrichtungen brauchen Planungssicherheit.

Ihr Betrieb muss für die nächsten Jahre verbindlich

finanziell gesichert werden. Kooperationen und Zusammenschlüsse können dabei helfen. Die Vielfalt von Kultureinrichtungen ist eine Investition in die Zukunft und für die Eigen- wie Außenwahrnehmung der Städte grundlegend. Eine freie Kunstszene braucht anregungsreiche Orte, um sich entfalten zu können. Der Wert der Einrichtungen bemisst sich für uns in ihrer Bedeutung für die Kreativität und dem Anstoß innovativer Prozesse.

Neben der finanziellen Absicherung der bestehenden Einrichtungen kann eine Projektförderung nur durch die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel stattfinden. Gefordert sind fachlich differenzierte Förderkonzepte. Die Kriterien der Geldvergabe müssen dabei für beide Seiten transparent sein.

Sponsoring fördern. Sicher wird nicht mehr Geld für die Kultur bereit stehen als bisher. Um so wichtiger ist es daher für uns, neue Unterstützung für die Kultur in Bremen zu finden.

Wir treten ein für neue Verbindungen zwischen Kultur und Wirtschaft. Wir wollen gerade auch die kleinen und mittleren Unternehmen in Bremen und Bremerhaven dafür gewinnen, Patenschaften mit Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden einzugehen. Dabei denken wir nicht nur an finanzielle Unterstützung, sondern auch an Beratung, Vermittlung von Kontakten und die Schaffung eines Bewusstseins bei den Unternehmen, dass Kultur für eine lebendige, kreative Stadt unverzichtbar ist. Größere Um- und Neubauten kultureller

Einrichtungen, wie z. B. der Anbau an die Kunsthalle, werden in den kommenden Jahren nur möglich sein, wenn sich Unternehmen und vermögende Bürgerinnen und Bürger dafür auch finanziell engagieren.

Gleiche Chancen zur Teilnahme am kulturellen Leben

Mehr denn je muss Kulturpolitik sich um die neue Generation kümmern, neues Publikum gewinnen und realisieren, dass wir eine Migrationsgesellschaft sind. Kunst und Kultur gehören allen und müssen auf alle gesellschaftlichen Herausforderungen und Milieus antworten.

Kunst und Kultur sind für uns GRÜNE kein Angebot nur für die besser Gebildeten, sondern ein Angebot an alle. Das verlangt von der Kulturpolitik und von den Kultureinrichtungen eine noch stärkere Öffnung.

Kulturelle Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass Kunst und Kultur vom Kindergarten und den ersten Schuljahren an eine wichtige Rolle spielen. Künstlerinnen und Künstler, Kulturschaffende aus allen kulturellen Bereichen sollen gemeinsam mit Kindergärten und Schulen Partnerschaften entwickeln. Wir setzen uns ein für eine enge Verknüpfung von Kultur, Bildung und Wissenschaft und wollen dabei egoistisches Ressortdenken überwinden. Kulturelle Bildung vermittelt Schlüsselkompetenzen, die für eine funktionierende Gesellschaft unabdingbar sind. Dies gilt insbesondere

für die kulturelle Bildung von Kindern, Jugendlichen, Senioren und Menschen aus anderen kulturellen Traditionen. Dafür brauchen wir eine leistungsstarke Volkshochschule und gut ausgestattete Bibliotheken.

Kunst und Kultur können eine Brücke sein zwischen den Menschen aus verschiedenen Ländern in unseren Städten. Wir unterstützen die Vielfalt der Kulturen und wollen den interkulturellen Dialog verstärken.

Die Stadt lebt von Kultur. Eine wirtschaftlich erfolgreiche Stadt muss in Bildung und Kultur investieren. Entscheidend sind nicht Gewerbeflächen und betonierte Quadratmeter, sondern Menschen und deren kreative Fähigkeiten. Kulturelle Ressourcen sind der Kern der urbanen Entwicklung. Neue Entwicklungen brauchen Toleranz und Freiräume. Wir wollen Milieus fördern, in denen sich Ideen entwickeln und Menschen miteinander austauschen können. Wenn Kreativität der zentrale Begriff für die Entwicklung der Stadt ist, dann muss Kultur auch von Seiten der Wirtschaft stärkere Beachtung finden. Die Kreativwirtschaft ist auch in Bremen eine Wachstumsbranche und damit eine wichtige Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung.

Bremen – ökologisch und lebenswert

1. Klimaschutz und Energiewende

Die Energiepolitik steht vor gewaltigen Herausforderungen: Der Klimawandel ist spürbar, die Ressourcen werden knapper und Energie teurer. Doch die große Koalition in Bremen hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Der Senat hat viel zu wenige Maßnahmen zur Kohlendioxideinsparung auf den Weg gebracht – und die wenigen viel zu zögerlich umgesetzt. Das geplante Kohlekraftwerk würde diese Bilanz noch weiter verschlechtern. Wir GRÜNE wollen die Energiewende beschleunigen und die Energieeffizienzpotentiale endlich ausschöpfen.

Mehrwert durch Energieeinsparung. Die Energiewende schont die Umwelt, schafft Arbeitsplätze und ist gut für die regionale Wirtschaft. Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen stärken das örtliche Handwerk und führen zur Entlastung des Bremer Haushalts. Forschung, Lehre und Weiterbildung tragen zum Strukturwandel in Bremen bei.

„Contracting“. Öffentliche Gebäude dürfen das Klima nicht weiter unnötig aufheizen. Wir wollen, dass die Städte Bremen und Bremerhaven endlich alle Möglich-

keiten des Energiesparens nutzen. Die Kommunen sollen hier mit gutem Beispiel vorangehen und in den öffentlichen Gebäuden den Energieverbrauch verringern. Das entlastet den Haushalt, denn schließlich kosten Strom und Wärme Geld.

Das Potenzial an Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden wurde bisher nicht genügend ausgeschöpft. Ein Beispiel: Seit dem Stromsparprogramm von 2002 starteten in gerade einmal sechs öffentlichen Gebäuden Pilotprojekte. Das reicht nicht. Eine Möglichkeit, damit öffentliche Gebäude zum Klimaschutz beitragen, ist das „Contracting“. Contracting ist ein Vertrag zwischen einem Gebäudeeigentümer und einem Energiedienstleistungsunternehmen. Das Unternehmen setzt Maßnahmen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung um. Von den erzielten Energiekosteneinsparungen profitieren beide Vertragsteilnehmer.

Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven die Möglichkeiten des Contractings endlich intensiv nutzen. Unser Ziel ist, die Energieeffizienz des gesamten öffentlichen Gebäudebestands um 1,5% pro Jahr zu steigern.

Energieeffizienz in der Bauleitplanung. Energieeffizienz sollte schon bei der Bauplanung berücksichtigt werden. Hier gibt es in Bremen erhebliche Defizite. Die GRÜNEN wollen die Bauleitplanung optimieren und so die effiziente Energieversorgung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten gewährleisten.

Erneuerbare Energien fördern. Bei der Erzeugung von Strom und Wärme ist noch viel zu tun. Die Möglichkeiten der Sonnenenergienutzung sind zu realisieren, die Ausweisung neuer Windkraftstandorte und der Bau der Anlagen ist voranzutreiben, geeignete Standorte zur Biomassenutzung – wie die Blocklanddeponie – sind zu nutzen. Das geplante Weserwasserkraftwerk ist und bleibt ein Wunschkind der GRÜNEN. Energieeffizienz und -einsparung bilden die Brücke zum Zeitalter der erneuerbaren Energien. In Bremerhaven soll daher die Vollendung der Geothermieanlage im Alfred-Wegeener-Institut als Pilotanlage für umweltschonende Wärmeversorgung unterstützt werden.

Alle sind aufgefordert. Jede Bremerin und jeder Bremer kann einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir werden daher in Bremen und Bremerhaven eine neue Aufklärungskampagne zum Thema Energie und Klimaschutz starten. Mit gemeinsamen Aktionen möglichst vieler Menschen wollen wir in den nächsten 5 Jahren eine Minderung klimaschädlicher Emissionen in Bremen um mindestens 10% erreichen.

Atomkraft? – nein danke! Der Beinahe-GAU im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark zeigt uns: Die Risiken der Atomtechnologie fangen keineswegs erst jenseits der westlichen Industrieländer an. Das AKW Brunsbüttel an der Elbe ist baugleich mit Forsmark.

Der kalte Winter 2005 und das Abschalten einer Höchstspannungsleitung im November 2006 ließen die

Stromnetze großer Teile Deutschlands und Westeuropas zusammenbrechen. Monopolisierung und große Kraftwerkskapazitäten bedeuten mehr Unsicherheit.

Trotzdem versuchen die Energieversorgungsunternehmen und Teile der Bundesregierung, den von der rot-grünen Bundesregierung erzielten Atomkonsens aufzuweichen.

Das Atomkraftwerk Esenshamm an der Unterweser ist seit fast 30 Jahren in Betrieb und einer der ältesten Druckwasserreaktoren. Pannen und Störfälle sowie unzureichende Sicherheitskonzepte können nur eine Konsequenz haben: Es muss so schnell wie möglich vom Netz genommen werden. Die Restlaufzeit bis 2012 ist zu lang.

Über Bremer und Bremerhavener Straßen, über Autobahnen und Schienen rollen jedes Jahr zahlreiche Atomtransporte, die alle Produktstufen des nuklearen Wahnsinns beinhalten. In Bremer und Bremerhavener Häfen wird das Spaltmaterial umgeschlagen. Wir fordern ein Ende dieser gefährlichen Fracht durch und über unseren Hoheitsbereich.

Klimaschutz kennt keine Grenzen. Die Energiewende ist zwingend nötig, um unsere Verantwortung für globale und Generationengerechtigkeit wahrzunehmen. Dazu gehört auch, dass die Mindestanforderungen für eine nachhaltige Entwicklung der Mobilität eingehalten werden, also dass die EU-Richtlinie zum Klimaschutz in strikter Weise vollzogen wird. Auch das bestehende Vollzugsdefizit der europäischen Energie-

einspar- und Energieeffizienz-Richtlinien werden wir auflösen.

Hochwasserschutz. Der Klimawandel muss abgebremst werden. Ein Anstieg des Meeresspiegels ist dennoch nicht mehr zu verhindern. Von allen Klimaszenarios bedeutet er für Bremen die größte Bedrohung, weil damit Sturmfluten über die Weser Bremen ausgeprägter und schneller erreichen können. Die weitere Vertiefung der Unterweser erhöht dieses Risiko. Sie kommt mit uns nicht in Frage. Wir wollen mit einem Bauverbot in Überschwemmungsgebieten, mit Deicherhöhungen und Regenwasserbewirtschaftungsmaßnahmen für mehr statt weniger Hochwasserschutz sorgen. Das geht nur, wenn die Arbeit der Deichverbände sichergestellt wird. Wir unterstützen daher die Bemühungen Bremerhavener Bürgerinnen und Bürgern zur Gründung eines Deichverbands in der Stadt Bremerhaven, der als Instrument des Hochwasserschutzes wichtig ist.

2. Umweltschutz – auch eine Frage der Gerechtigkeit

Unser Wirtschaften muss so nachhaltig gestaltet sein, dass die Befriedigung der Bedürfnisse heutiger Generationen nicht zu Lasten kommender Generationen geht. Die Umwelt- und Energiepolitik nimmt eine Schlüsselrolle ein, um diese Ziele zu erreichen. Sie ist unsere Stärke und unsere Hausmarke und soll als

Querschnittsaufgabe in allen Ressorts wirksam werden.

Umweltschutz ist mehr Lebensqualität – heute, morgen und übermorgen. Umweltschutz ist Gesundheitsvorsorge. Saubere Luft zum Atmen, unverseuchtes Grundwasser zum Trinken oder Bewässern, gesunde Böden als Filter und Substrat für Pflanzen: Was eigentlich selbstverständlich sein sollte, bedarf erheblicher Anstrengungen. Altlasten und verseuchte Industriestandorte sind eine potentielle Gefährdung für das Grundwasser. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass auch zukünftige Generationen sauberes Wasser trinken können. Das Wasserschutzgebiet Vegesack ist endlich auszuweisen.

Die Belastung der Luft, insbesondere mit Feinstaub und Stickoxiden, muss – wie es auch die neuere europäische Gesetzgebung erfordert – verringert werden. Die große Koalition hat die Probleme nicht nur jahrelang ausgesessen wie bei der Schadstoffbelastung entlang der Neuenlander Straße mit der Vertröstung auf die Fertigstellung der A 281. Der beabsichtigte Ausbau der Schwachhauser Heerstraße würde dort die Problematik der Luftbelastung nochmals verschärfen. Das lehnen wir GRÜNEN ebenso ab wie die Sondermüllverbrennungsanlage in Blumenthal. Wir wollen dem Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit mehr Augenmerk schenken. Es ist nicht hinzunehmen, dass insbesondere Kinder zunehmend an Atemwegserkrankungen und Allergien leiden. Auch Lärm macht

krank. Wir werden die europäischen Richtlinien zur Luftreinhaltung und zur Verringerung von Umgebungslärm konsequent umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Programm zur Lärmsanierung an besonders belasteten Stellen aufgelegt wird. Dazu gehört für uns auch die Wiedereinführung eines Tempolimits auf stadtbremischen Autobahnen verbunden mit einer verbesserten Überwachung.

Bremens Stärke als „Grüne“ Stadt nutzen und weiterentwickeln. Bremen zeichnet sich nicht nur als „Stadt am Fluss“, sondern auch durch seine Grün- und Freiflächen, das gute Fahrradwegenetz und die Nähe zur offenen Landschaft aus. Bäume, Grün- und Gehölzflächen dienen nicht nur der Erholung, sondern sind auch ein Beitrag zum Hochwasserschutz und zur Luftreinhaltung. Wir wollen den unzureichenden Baumschutz neu regeln. Umweltbildung und -forschung sollen verstärkt gefördert werden, damit jetzige und zukünftige Generationen das Verständnis für ökologische Zusammenhänge erlangen und erhalten.

Bürgerwillen berücksichtigen – Stadtteile stärken. In Bremen gibt es im Bereich der Freiraumgestaltung für die verschiedenen Stadtteile bereits eine gute Planungsgrundlage: das Grüne Netz. Es hat das Ziel, kleine und große, private und öffentliche Grünflächen zu vernetzen. Es gilt, dieses kontinuierlich den geänderten Bedingungen anzupassen. Viele Projekte sind nicht teuer. Wir wollen, dass zur Realisierung der not-

wendigen Maßnahmen den Beiräten eigenständig zu verwaltende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Naturräume als Naherholungsgebiete erhalten – Kleingartenwesen zukunftsfähig gestalten. Die Kleingartengebiete dienen der preisgünstigen Versorgung der Bevölkerung mit Grün- und Naherholungsflächen. Kleingärtner und -gärtnerinnen pflegen und sichern öffentlich zugängliche Grünflächen, ohne dass die Kommunen für die Unterhaltungskosten aufkommen müssen. Um Leerstände oder Nutzungen als Gewerbegebiet zu vermeiden, wollen wir mehrere Wege gehen: Mit gutem Marketing wollen wir ebenso gegensteuern wie mit dem weiteren Ausbau der Nutzung von Kleingärten als Umweltbildungsorte. Das Kleingartenwesen ist weniger restriktiv und familienfreundlicher zu gestalten. Damit können neue Kreise von Interessierten erschlossen werden.

Vom Angebot zum Bedarf umsteuern - Gewerbeflächenpolitik neu bestimmen. Die große Koalition hat in Bremen auf Kosten der Natur das Prinzip der Ansiedlung von Unternehmen auf der „grünen Wiese“ als vorrangiges Instrument der Wirtschaftsförderung durchgesetzt. Heute haben wir ein Überangebot von 200 Hektar Gewerbefläche. Diese Naturzerstörung muss ein Ende haben. Eine weitere Erschließung der Arberger und Mahndorfer Marsch darf es ebenso wenig geben, wie die Uniwildnis zur Disposition gestellt werden darf.

Vielmehr sind sie als Naherholungsgebiete zu erhalten und aufzuwerten. In der Marsch wollen wir – auch zur Verbesserung des Hochwasserschutzes – die Deichrückverlegung mittelfristig realisieren. Die Uniwildnis ist als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Die Grünachse vom Bürgerpark über den Unisee ist zu erhalten. Eine Westerweiterung des Technologieparks lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf eine schwerpunktmäßige Erschließung der Überseestadt sowie Industriebrachen wie den Güterbahnhof.

Natur kennt keine Landesgrenzen – für ein regionales Biosphärenreservat. Der Feuchtgrünlandring um Bremen soll zum Biosphärenreservat werden. Die Niederungslandschaften entlang Wümme, Hamme, Weser und Ochtum sollen zur gentechnikfreien Zone erklärt, und die ökologische Landwirtschaft soll gefördert werden. Ein solches Biosphärenreservat würde nicht nur die nachhaltige Entwicklung befördern, sondern auch die regionale Kooperation und Vernetzung stärken. Wir wollen es als umfassendes Angebot für die Umweltkommunikation und Umweltbildung nutzbar machen. Eine wirtschaftliche Stärkung der Region wird die Folge sein.

Abwasserwirtschaft – Privatisierungen auf den Prüfstand. Die große Koalition hat auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, zu Lasten vieler Unternehmen und zum Nachteil für den Bremer Haushalt die Abwasserwirtschaft weitgehend privatisiert. Das Ergebnis der

gescheiterten Privatisierung der großen Koalition ist, dass in Bremen hohe Abwassergebühren bezahlt werden, die an den Frischwasserverbrauch gekoppelt sind. Wir wollen alternativ – wie es in 70% der Großstädte der Fall ist – die gesplittete Abwassergebühr einführen. Sie belastet die Besitzer versiegelter Flächen stärker und belohnt jene von unversiegelten Flächen. Das ist gerechter, schont die Umwelt und entlastet das Kanalsystem.

3. Verbraucherschutz

Das Recht auf gesunde Lebensmittel und sichere Produkte. Der Gammelfleischskandal und der Fund von Genreis in deutschen Lebensmittelregalen sind nur die jüngsten Beispiele dafür, dass gesunde, sichere Lebensmittel nicht selbstverständlich sind. Der Mensch in seiner Rolle als Verbraucher von Gütern oder Dienstleistungen hat das Recht, Produkte zu kaufen, von denen keine Gefahr für die Gesundheit ausgeht. Um dies gewährleisten zu können, brauchen wir gut funktionierende Kontrollsysteme, mit denen die schwarzen Schafe früh genug identifiziert werden, damit Produkte vom Markt genommen werden, bevor sie bei den Konsumentenden landen. Die Lebensmittelkontrolle in Bremen ist personell pro Einwohner oder auch pro Betrieb deutlich schlechter ausgestattet als z. B. in Hamburg. Verstärkte Kontrollen sind aber unverzichtbar, um das Gesundheitsrisiko für die Verbraucher und Verbraucherinnen zu verringern. Das Verbraucherinformations-

gesetz muss offensiv für einen optimalen Verbraucherschutz umgesetzt werden. Eine zeitnahe Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen muss gewährleistet werden.

Verbraucherzentralen sind unverzichtbar. Auch der notwendige Schutz vor willkürlichen Preiserhöhungen der Energieversorger ist unabdingbar. Verlässliche und klare Strukturen, Informationen und Kontrollen sind notwendiger denn je. Die Verbraucherzentralen mit ihrem unverzichtbaren Beratungsangebot müssen sowohl personell als auch finanziell an beiden Standorten, in Bremen und Bremerhaven, abgesichert werden. Bei der immer wichtiger werdenden privaten Vorsorge dürfen die Menschen nicht allein dem Markt überlassen werden. Es bedarf daher einer Stärkung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes und der unabhängigen Beratung bei der Auswahl von Anlage-, Kredit- und Versicherungsprodukten.

Der vorsorgende Verbraucherschutz spielt auch für uns in Bremen eine wichtige Rolle, denn die Folgekosten zur Beseitigung von Schäden, die durch giftige Chemikalien verursacht wurden, sind immens hoch. So zeigt die sehr teure PCB-Sanierung von öffentlichen Bremer Gebäuden, wie wichtig vorsorgender Verbraucherschutz insgesamt ist.

4. Verkehr – umweltbewusst mobil

Wir wollen in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass die Interessen von Fußgängerinnen und Fußgängern wie auch von Radfahrenden gegenüber dem Autoverkehr wieder mehr Gewicht bekommen.

Pkw und Lkw. Bremen hat ein ausreichend ausgebauten Straßennetz für den motorisierten Verkehr. Der wachsende Lkw-Verkehr auf diesen Straßen belastet die Menschen, die dort wohnen. Deshalb wollen wir keinen Ausbau von Straßen in Wohngebieten. Den Ausbau der Cherbourger Straße in Bremerhaven mit einem Trogbau lehnen wir deshalb ebenso ab wie den Weiterbau der B 74 in Bremen-Nord, den Bau der Horner Spange (Verlängerung der H.-H.-Meier-Allee) und den Ausbau der Schwachhauser Heerstraße mit der Verbreiterung des Concordia-Tunnels in Bremen. Perspektivisch wollen wir den Güterverkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagern und auf der Autobahn um die Städte herumführen. Langfristig soll deshalb der Hafenverkehr aus den Wohngebieten herausgenommen werden und z. B. um Bremerhaven herum geleitet werden. Eine Lösung ist in Kooperation mit Niedersachsen zu entwickeln. Wir wollen, dass noch mehr Menschen freiwillig auf ihr Auto verzichten können und dennoch mobil sind.

Mit Bus und Bahn. Darum brauchen wir einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit

emissionsarmen Bussen und neuen Straßenbahnlinien. Daher unterstützen wir die Verlängerung von Straßenbahnstrecken in der Stadt, aber auch in die Region, um die Stadtrandbezirke vom Pendlerverkehr zu entlasten. Die Einrichtung eines Pendlerportals, also einer internetgestützten Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten für Berufspendler, kann ebenfalls zu einer solchen Entlastung beitragen.

Um mehr Menschen zum Umsteigen auf Busse und Bahnen zu bewegen, streben wir eine weitere Verbesserung und eine übergreifende Vernetzung von Fahrgastinformationen an. Nach der Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Farge-Vegesacker Eisenbahn soll sobald wie möglich Bremen-Nord mit dem Bremer Hauptbahnhof im Viertelstundentakt verbunden werden. Zugleich wollen wir mehr schnelle Verbindungen zwischen Bremen und Bremerhaven. Um Bremerhaven nicht abzuhängen, ist die Spätverbindung von Bremen nach Bremerhaven wieder in den Fahrplan aufzunehmen.

Wir sind ausdrücklich für Wettbewerb auf der Schiene im schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV). Dabei ist sicherzustellen, dass Lohndumping vermieden und klar alle Umweltstandards eingehalten werden. Die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten braucht einen starken öffentlichen Personennahverkehr als Rückgrat und ausreichende Kapazitäten für den Güterverkehr auf der Schiene. Die von der großen Koalition in Berlin beschlossene Kürzung der Regionalisierungsmittel darf nicht zu einer Ausdün-

nung des Nahverkehrs in Bremen und der Region führen. Eine leistungsstarke Region ist auf einen gut ausgebauten Personennahverkehr angewiesen.

Fluglärm macht krank. Der Airport Bremen ist ein wichtiger Standortfaktor der regionalen Wirtschaft und des Tourismus. Die Kapazität des Flughafens soll nicht weiter ausgebaut werden. Seine Lage in der Stadt zwingt zu strengen Auflagen sowohl beim Lärmschutz als auch bei den Flugzeiten. Deshalb bestehen wir auf einer strikten Einhaltung des Nachtflugverbots. Auch neue Fluggesellschaften dürfen kein Anlass für die Ausdehnung der Betriebszeiten oder die Lockerung des Nachtflugverbots sein. Eine achtstündige Nachtruhe ohne Fluglärm muss wiederhergestellt und konsequent eingehalten werden. Sondergenehmigungen für Nachtflüge sollen nur in Notfällen (Ambulanzflüge, innere Sicherheit) erteilt werden und ganz seltene Ausnahmen bleiben. Auch Lärm macht krank. Wir werden die europäische Richtlinie für Luftreinhaltung und Verringerung von Umgebungslärm konsequent umsetzen. Das Ziel ist es, die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger zu senken und dadurch die Lebensqualität zu erhöhen.

Bremen – Stadt moderner öffentlicher Verkehrssysteme. Wir wollen, dass Bremen als Oberzentrum der Region eine moderne Stadt der öffentlichen Verkehrssysteme wird. Dazu gehört für uns auch, dass wir prüfen wollen, ob die BSAG nicht einen Teil des notwendi-

gen Lieferverkehrs auf der Straßenbahnschiene transportieren kann (Gütertram).

Politisch unterstützen wir die Schaffung neuer Car-sharing-Parkplätze in Stadtteilen, wo es bisher ein solches Angebot nicht gibt, und variable Mobilitätsangebote für Sammeltaxis sowie eine noch bessere Verknüpfung von Straßenbahn mit Taxen.

Wir streben an, dass vor allem in städtischen Randgebieten die BSAG auch kleine Busse mit moderner Technik betreibt. Bremen soll ein Vorreiter im umweltfreundlichen ÖPNV werden. Ein „Sozialticket“ für Menschen mit geringem Einkommen würde dieses Anliegen unterstützen.

Zu Fuß und auf dem Fahrrad umweltfreundlich durch Bremen.

Straßen sind öffentliche Räume und dürfen nicht allein den Autos gehören. Dazu gehört auch, dass sich alle am Verkehr Teilnehmenden – vor allem Kinder und ältere Menschen – sicher auf Straßen, Wegen und Plätzen bewegen können.

Wir wollen eine kinder- und familienfreundliche Stadt, und dazu gehören auch Wohnquartiere mit verkehrsberuhigten Zonen, autofreien Plätzen und Spielstraßen. Kinder sollen zu Fuß zur Schule und in den Kindergarten gehen können, deshalb setzen wir uns für Kita- und Schulwegsicherungsprogramme ein.

In vielen deutschen Städten und in fast allen europäischen Ländern sind Zebrastreifen eine Selbstverständlichkeit. In Bremen wurden sie ohne Not abgeschafft. Wir wollen prüfen, ob die Wiedereinführung von Zebrastreifen (vor allem in Wohnquartieren) das Überqueren von Fahrbahnen erleichtert.

Verkehrsüberwachung. Der Verkehr in den Wohnquartieren ist zu schnell, beeinträchtigt die Lebensqualität der dort Wohnenden und gefährdet die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Andere Kommunen und Städte haben mit der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung eine deutliche Verringerung der Geschwindigkeit erreicht. Wir setzen uns als Ergänzung polizeilicher Aktivitäten für die Einrichtung einer kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung ein.

Mehr fürs Rad. Trotz enger finanzieller Spielräume wollen wir wieder etwas mehr Geld für gute Fahrradwege ausgeben, denn nach wie vor betragen die meisten Autofahrten in Bremen nicht mehr als drei Kilometer – und die lassen sich gut auf sicheren Radwegen bewältigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass vor allem in der Innenstadt erheblich mehr Fahrradabstellplätze geschaffen werden und Radfahrer und Radfahrerinnen ihre Fahrräder in Wohnstraßen wie Autos auch auf Fahrbahnen parken können.

Bremen – gerecht und solidarisch

1. Stadtentwicklung für die Stadt von morgen

Der demografische Wandel kommt, die zukünftige Zusammensetzung der Bevölkerung wird das Gesicht Bremens und Bremerhavens verändern: Wir werden weniger, wir werden älter und wir werden bunter.

Aufgaben der Stadtpolitik. Die Aufgabe der Stadtpolitik der nächsten Jahre wird es sein, die demografischen Veränderungen in der Gesamtstadt, aber auch auf Stadtteilebene zu begleiten. Dafür brauchen wir Konzepte, die kleinteiliger als bisher in Quartieren und Nachbarschaften Entwicklungen erfassen. Das Zusammenleben mit allen hier lebenden Menschen ist unter den Bedingungen des demografischen Wandels zu organisieren (z. B. bei der Entscheidung über Kindergärten- und Schulstandorte, Dienstleistungen, Freizeit- und Kultureinrichtungen, ÖPNV). Planungen müssen auf ihre „Demografie-Tauglichkeit“ überprüft werden.

Bremen ist bunt. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur werden dazu führen, dass die Zahl der Menschen, deren Eltern oder Großeltern nach Deutschland eingewandert sind, kontinuierlich steigen wird.

Sie brauchen – wie alle Kinder und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven – eine Perspektive vom Kindergarten an. Die GRÜNEN treten ein für das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unserer Stadt. Dafür müssen die Bildungschancen für Migrantinnen und Migranten erheblich erhöht werden. Wir wollen Stadtteile mit hohem Migrationsanteil besonders unterstützen und auch die Bürgerbeteiligung für Migrantinnen und Migranten ausbauen. Das Beispiel der Stadtteilgruppe in Tenever ist für uns dabei ein Vorbild.

Wir akzeptieren, dass es in Bremen Stadtteile gibt, in denen sich besonders viele Menschen ausländischer Herkunft eingelebt haben. Es überrascht nicht, dass dies auch die Stadtteile sind, in denen sich neu ankommende Migrantinnen und Migranten niederlassen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die notwendigen Integrationsprozesse kultur- und sozialverträglich vollzogen werden, so dass Chancengleichheit und Teilhabe gewährleistet werden können und alle Menschen im Stadtteil die Möglichkeit haben, ihre vielfältigen Potenziale einzubringen.

Die Alten von heute und morgen. Die Stadtentwicklungspolitik muss sich auf eine älter werdende Gesellschaft einstellen. Bedürfnisse werden sich ändern: Die Alten von heute und morgen sind mobiler, sie denken schon heute über sinnvolle Wohnformen von morgen nach. Wir unterstützen die Bildung von Hausgemeinschaften und Nachbarschaften, in denen Ältere und

Jüngere zusammen leben und Wohnungen für besondere Bedürfnisse älterer Menschen ausgebaut werden. Wir wollen, dass dafür sowohl bei den Wohnungsgesellschaften als auch privat organisiert geeignete Angebote in Bremen zur Verfügung stehen.

Eigeninitiative stärken und gleichermaßen staatliche Unterstützung zu gewährleisten für diejenigen, die Hilfe brauchen, sehen wir als Herausforderung für eine vitale und soziale Stadt für Jung und Alt. Wir wollen die älteren Menschen in den Stadtteilen ermuntern, sich selbst zu organisieren, vor allem auch um ihre Kompetenzen an andere Menschen weiterzugeben. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement stärken. Die Versorgung in den Stadtteilen mit Gesundheitsdienstleistungen und mit Gütern des täglichen Bedarfs hat für uns einen hohen Stellenwert.

Standortgemeinschaften fördern. Damit Menschen zu Fuß einkaufen gehen können, brauchen die Stadtquartiere nicht nur eine gute Anbindung an den ÖPNV, sondern auch einen wohnortnahen, möglichst vielfältigen Einzelhandel. Daher unterstützen wir die Bildung von Standortgemeinschaften. Wir wollen prüfen, wie das Baurecht verändert werden muss, um die Nahversorgung in den Stadtteilen zu stabilisieren.

Bremen – urban, umweltbewusst und modern.

Die Stadt Bremen hat eine hohe Lebensqualität mit ihrer Mischung aus verschiedenartigen Stadtteilen und einem hohen Anteil an Grünflächen und Parks. Für uns gehören Urbanität, Lebensqualität und Umweltqualität zusammen. Das bedeutet auch, die sich daraus ergebenden Widersprüche, wie quirligen Verkehr und kleinstädtische Beschaulichkeit, Lärm und Ruhe, Reichtum und Armut, auszuhalten und sozial und umweltverträglich zu gestalten.

Wohnen in der Stadt. Wir wollen in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass das Wohnen in den gewachsenen Stadtstrukturen für Familien noch attraktiver wird. Gerade heute wünschen sich wieder mehr Menschen, in der Stadt zu wohnen und zu arbeiten. Wir wollen diesen Trend unterstützen und den vielfältigen Wohn- und Lebensbedürfnissen Rechnung tragen.

Sparsamer Flächenverbrauch. Wir wollen eine nachhaltige Stadtentwicklung, die sparsam mit Flächenverbrauch umgeht, die auf Innenentwicklung setzt und die grüne Wiese grün sein lässt. Eine Bebauung der Osterholzer Feldmark lehnen wir aus demografischen, ökologischen und finanziellen Gründen ab. Neu gebaute Infrastruktur kostet viel Geld und muss dauerhaft unterhalten werden. Die Westerweiterung des Technologieparks lehnen wir genauso ab wie eine Bebauung des Hollerlands. Eine öffentlich geförderte

Bebauung der „Hafenkante“ hat für uns keinen Vorrang. Wir setzen auf die Entwicklung vorhandener Brachflächen und wollen das erfolgreiche Baulückenprogramm fortsetzen.

Wir wollen die Mischung von Wohnen, Dienstleistungen, Arbeiten, Handel und Kultur für möglichst viele Stadtteile weiterentwickeln. Dabei spielen für uns die neuen Entwicklungschancen in der Überseestadt und dem Stephaniquartier eine herausragende Rolle. Die Stadt der kurzen Wege ist zwar nicht überall machbar, aber für uns ein erstrebenswertes Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Zwischennutzungen auf nicht verkauften städtischen Flächen, z. B. für Existenzgründungen oder künstlerisch Tätige, und experimentelles Bauen auf Brachflächen sollen durch die Stadt unterstützt werden.

Der Stadtumbau – und damit die Anpassung der gebauten Stadt an sich ändernde Bedürfnisse und Ansprüche – wird eine wesentliche Aufgabe der künftigen Stadtentwicklungspolitik sein. Dabei spielen die energetische Sanierung und das ökologische Bauen, aber auch Ver- und Entsorgungssysteme, die auf die Stadtgröße zugeschnitten sind, für uns eine wesentliche Rolle. Auch der Rückbau/Abriss von Gebäuden gehört dazu, wenn dies zur Stabilisierung bzw. Aufwertung von Stadtquartieren nötig ist. Hier tragen vor allem in Bremen die GEWOBA und in Bremerhaven die STÄWOG als größte städtische Wohnungsbaunterneh-

men eine große Verantwortung. Den Verkauf dieser Gesellschaften zur kurzfristigen Verbesserung der Haushalte lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die GEWOBA preisgünstigen Wohnraum für Menschen ohne großen Geldbeutel oder mit einem SCHUFA-Eintrag zur Verfügung stellt.

Neue Impulse für urbanes Wohnen. Durch den geplanten Umbau des Klinikums Bremen-Mitte besteht die große Chance, ein neues urbanes innerstädtisches Quartier mit einer Mischung aus Wohnen und Arbeiten zu entwickeln. Wir wollen diesen Prozess mit Beteiligung der Bevölkerung unterstützen und dafür Sorge tragen, dass so viel alte Bausubstanz wie möglich erhalten bleiben kann.

Für neue selbstbestimmte und gemeinschaftliche Wohn- und Genossenschaftsprojekte soll in Bremen eine zentrale Beratungsstelle eingerichtet werden, die Initiativen in Finanz-, Organisations- und Rechtsfragen berät und über geeignete Objekte informiert.

Finanzierungsinstrumente. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt in Bremen immer weiter auseinander. Dies gilt auch innerhalb der einzelnen Stadtteile. Arbeitslosigkeit oder ein geringes Einkommen fördern soziale Isolierung und Segregation und führen in einigen Stadtteilen zu Intoleranz, Ausgrenzung, Kriminalität und Gewalt. Wir treten ein für eine soziale, vielfältige und gerechte Stadt. Daher brauchen wir trotz der schwierigen Haushaltsslage auch weiterhin diejenigen

staatlichen Förderinstrumente, die für einen Ausgleich innerhalb der Stadt sorgen: Mittel für die Programme „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) und „Soziale Stadt“, Städtebauförderungsmittel und Wohngeldförderung. Wir wollen, dass in den Stadtquartieren mit besonderen Problemen eine aktivierende Beschäftigungspolitik aufgebaut wird und soziale sowie integrative Angebote erhalten bleiben oder ausgebaut werden. Die Stärkung der lokalen Ökonomie ist dabei ein zentrales Anliegen von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*. Die Stärkung von Eigeninitiative und Kreativität der hier lebenden Menschen und der Geschäftsleute sind wichtige Instrumente der Sozialen Stadt.

Wir wollen die Menschen ermutigen, Verantwortung in ihrem und für ihren Stadtteil zu übernehmen. Dabei wollen wir neue Formen der Bürgerbeteiligung und des Quartiersmanagements ausprobieren, damit sich die Menschen in ihrem Stadtteil heimisch fühlen oder heimisch werden. Zu diesen neuen Formen zählen die lokalen Standortgemeinschaften ebenso wie Zusammenschlüsse in Stadtteilen, die soziale und kulturelle Projekte organisieren und finanzieren wollen. Um solche Entwicklungen zu fördern, müssen die Beiräte in Bremen größere Spielräume erhalten, auch finanziell.

2. Soziale Hilfe ist Menschenrecht

Sozialpolitik ist für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* die Aufgabe, das Zusammenleben der Menschen in unserem Bundesland und den Städten zu gestalten. Alle politi-

schen Entscheidungen sollen in dem Bewusstsein getroffen werden, dass Menschen unterschiedlich sind und erst die Rücksichtnahme auf Schwächere und deren besondere Unterstützung eine humane Gesellschaft ausmachen.

So müssen Stadtentwicklung und Verkehrspolitik barrierefrei denken – und vor allem handeln. Wohnungspolitik muss die Menschen im Blick haben, die sich keine teure Wohnung leisten können. Die Bildungspolitik muss sich dem Ausgleich von Chancen benachteiligter Kinder und deren besonderer Förderung verschreiben.

Wegen der Krisen von Werften und Stahl sind in Bremen besonders viele Arbeitsplätze weggefallen. Bremen und insbesondere Bremerhaven haben ihren hohen Anteil armer Menschen mit anderen Großstädten gemeinsam.

Wir wollen, dass zukünftig regelmäßige Berichte zu „Armut und Reichtum/Soziale Lage“ in Bremen erstellt werden, um eine verlässliche Datengrundlage und eine objektive Sicht auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Armut zu erhalten. Erst damit kann die sozial gerechte Politik gestaltet werden, die wir für Bremen wollen.

Kinder- und Jugendarmut. Besonders hart von Armut betroffen sind Kinder und Jugendliche, weil in unserer Gesellschaft Lernen und Selbstentfaltung in hohem Maß mit Geld verbunden sind. Der Regelsatz für ein Kind bis 14 Jahre beträgt 207 • im Monat. Auch wenn

diese Summe durch Bundesgesetz geregelt ist, werden wir uns weiterhin für eine Erhöhung einsetzen – der Betrag ist einfach zu niedrig. Aber auch hier in Bremen und Bremerhaven können die Lebensbedingungen dieser Kinder verbessert werden. Ein gutes Kindergarten- und Hortangebot, offene Jugendarbeit und die Ganztagschule können dazu beitragen, Notlagen abzumildern.

Bremen hat zu wenige billige Wohnungen, vor allem für Einpersonenhaushalte. Wir GRÜNEN haben große Kritik daran geübt, dass die Mieten und Energiekosten von der BAGIS (ehemaliges Sozialamt) bzw. der ARGE in Bremerhaven nicht in ausreichender Höhe übernommen werden. Zurzeit wird ein Umzugskarussell in Gang gesetzt, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, dass die Verwurzelung im Stadtteil für die Menschen ein wichtiges Lebensgut ist. Zu Umzügen in billigere Wohnungen darf nur unter Berücksichtigung sozialer Gründe bei hohem Überschreiten der Mitgrenze aufgefordert werden, wobei die Stadt zum Nachweis einer bezahlbaren Wohnung im Stadtteil verpflichtet sein muss. Trotz der schwierigen Finanzlage der Stadt ist eine Erhöhung der anerkannten und übernommenen Energiekosten unausweichlich. Die GEWOBA soll in stärkerem Maß Wohnungen für die Menschen anbieten, die von Arbeitslosengeld leben müssen oder verschuldet sind (SCHUFA-Auskunft).

Begleitende Hilfen. Die Entscheidung der großen Koalition, die begleitenden sozialen Hilfen wie Schuldnerberatung und Suchtberatung auch organisatorisch der BAgIS (Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales) zu überlassen und nur noch die Kosten zu übernehmen, halten die GRÜNEN für einen großen sozialpolitischen Fehler. Der Sozialstaat zeigt sich nicht nur darin, ob Geld gezahlt wird und ansonsten alle Hilfe der Frage untergeordnet wird, ob jemand arbeiten kann. Wir wollen die begleitenden Hilfen zurückholen in den Einflussbereich der Stadt um sicherzustellen, dass alle Menschen, die diese Hilfen benötigen, sie auch erhalten.

Behinderte. Die große Koalition hat Hilfen für behinderte Menschen in den letzten Jahren überdurchschnittlich gekürzt und die Standards herabgesetzt. Die frühere Vorreiterrolle Bremens in der Behindertenpolitik hat sich ins Gegenteil verkehrt. Integration wird auf vielen Ebenen in Frage gestellt: im Kindergarten durch die Schwerpunktzentren, in der Schule und bei der Frage, ob ältere behinderte Menschen auch weiterhin in ihren Einrichtungen leben können. Auch die fast völlige Streichung des Fahrdienstes für Behinderte zeigt die geringe Bedeutung, die gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen für CDU und SPD hat.

Die GRÜNEN bekennen sich zu einer umfassenden Integrationspolitik, die alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen muss. Wir wollen den Ausbau persönlicher Assistenz, mit dem behinderte Menschen selbst ihre

Assistentinnen und Assistenten aussuchen können. Niemand darf gegen seinen Willen in eine Einrichtung gezwungen werden. Das Landespflegegeld soll erhalten bleiben, und die Entscheidung, den Behindertenfahrdienst fast gänzlich zu streichen, werden die GRÜNEN rückgängig machen.

Politik für ältere Menschen. Die große Koalition hat ausgerechnet die Dienstleistungszentren in den Stadtteilen, von denen aus hauswirtschaftliche Hilfen, ehrenamtliche Unterstützung und Pflegeleistungen organisiert werden, stark unter Spardruck gesetzt. Wir GRÜNEN werden die Dienstleistungen stärken und außerdem mit einem Modellversuch gezielte Hausbesuche bei älteren Menschen erproben. So kann frühzeitig Unterstützung gegeben und vorzeitige Heimeinweisungen können verhindert werden. Nur wenn der Staat jetzt auf einen klaren Vorrang ambulanter Hilfe setzt, deren Qualität sichert und individuelle Lösungsmöglichkeiten unterstützt, werden menschenwürdige Hilfen in Zukunft organisierbar bleiben. Wir treten dafür ein, dass keine weiteren großen Pflegeeinrichtungen geplant werden – unsere Devise heißt: Pflegeeinrichtungen so klein und wohnortnah wie möglich.

3. Gesundheitspolitik

Für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* steht die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung im Zentrum des politischen Handelns – auf Bundes-, Landes- und auf kom-

munaler Ebene. Wir verstehen Gesundheitspolitik als Querschnittsaufgabe. Nur so kann gesundheitsgefährdender Umweltbelastung, gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz, psychosozialem Stress und gesundheitlich negativen Folgen durch soziale Benachteiligung wirksam begegnet werden. Deshalb werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass Gesundheitspolitik Einfluss nimmt auf andere Bereiche, z. B. im Umweltbereich sowie in den Bereich der Verkehrs- und Stadtplanung, aber auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Gezielte Gesundheitsvorsorge. GRÜNE Gesundheitspolitik ist nachhaltig. Sie hat neben der Behandlung von Krankheit primär die Erhaltung der Gesundheit durch gezielte Vorsorge im Blick. Hierzu gehört für uns ein gut ausgebautes und unabhängiges Gesundheitsinformations- und Beratungssystem für die Bürgerinnen und Bürger. Verlässliche Gesundheitsinformationen wiederum sind Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen der Menschen im Hinblick auf ihre Gesundheit. Selbsthilfegruppen und -organisationen sind für uns unentbehrliche Institutionen für gezielte Hilfe. Sie werden daher weiterhin von uns unterstützt.

Die Zahl der Menschen steigt, die gesundheitlich unterversorgt und sozial benachteiligt sind und die aus eigener Kraft und Anstrengung nicht in der Lage sind, ihren Gesundheitszustand zu verbessern. Durch die Kürzungen der letzten Jahre ist der öffentliche Gesundheitsdienst nicht mehr ausreichend in der Lage, diesen

Menschen die nötigen Hilfen anzubieten. Für uns ist der öffentliche Gesundheitsdienst eine unverzichtbare und notwendige Schaltstelle. Von hier aus muss die kommunale Gesundheitspolitik fachlich begründet, begleitet und umgesetzt werden. Sie liefert innovative gesundheitspolitische Impulse für die Kommune.

Prävention und Gesundheitsförderung. Prävention umfasst für uns nicht nur medizinische, sondern auch soziale Aspekte, denn Gesundheit ist eng mit der sozialen Lage und dem Bildungsstatus verknüpft. Prävention und Gesundheitsförderung dienen somit auch dem Abbau ungleicher sozialer Gesundheitschancen. Deshalb setzen wir uns für den zielgruppenspezifischen Ausbau der Prävention und der Gesundheitsförderung ein. Dabei unterstützen wir in erster Linie gesundheitsfördernde Lebens- und Arbeitsbedingungen, die in den Lebenswelten wie Kitas, Schulen oder Stadtteilen stattfinden. Für diese Aufgabe wollen wir Gesundheitskonferenzen einrichten. Diese sollen die vorhandenen Kompetenzen im Land Bremen zusammenführen, Gesundheitsziele definieren und zielgruppenspezifische Strategien erarbeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den gesundheitlichen Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher vor unerwünschtem Zigarettenqualm im öffentlichen Raum konsequent zu verstärken. Als ein erster konkreter Schritt dahin soll das Rauchen in allen öffentlichen Gebäuden des Landes und der Stadt Bremen nur noch in wenigen eingegrenzten Raumberei-

chen erlaubt sein; die Einhaltung des darüber hinaus geltenden Rauchverbots muss kontrolliert werden.

HIV-Beratung erhalten. Es muss alles getan werden, dass sich die Krankheiten HIV und AIDS nicht weiter ausbreiten. Dazu gehören vor allem eine optimale Aufklärungsarbeit und eine umfangreiche Beratung (z. B. durch die AIDS-Hilfe).

Geschlechtergerechte und kulturspezifische Gesundheitsversorgung. Es ist inzwischen wissenschaftlich unbestritten, dass Krankheiten und die medizinische Versorgung geschlechtsspezifisch zu beurteilen sind. Unabhängige Beratungs- und Informationsangebote, wie zum Beispiel das Frauengesundheitszentrum, müssen wieder gestärkt werden; ihre Erfahrungen im Bereich der Frauengesundheit müssen vermehrt genutzt werden und auch bei den Planungen der Fachbehörde eine Rolle spielen. Auch die kulturellen Unterschiede haben erhebliche Auswirkungen auf den Gesundheitszustand. Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtsspezifische und kulturspezifische Unterschiede in der Gesundheitsversorgung noch mehr berücksichtigt werden.

Ambulante und stationäre Versorgung. Die Krankenhäuser im Land Bremen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und arbeitsmarkt- wie gesundheitspolitisch von großer Bedeutung für die oberzentrale Funktion Bremens. Wir wollen, dass das Land seinem Auftrag der

Sicherstellung der Krankenversorgung und den damit verbundenen Investitionsverpflichtungen nachkommt. Eine kluge Arbeitsteilung, Koordination und Kooperation der vier kommunalen Bremer Kliniken ist eine zentrale Voraussetzung für die Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Das sichert Arbeitsplätze, und so werden die vier Kliniken auch weiterhin einen zentralen Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Region leisten können. Die einzelnen Kliniken müssen mit Beteiligung der Beschäftigten ihr eigenes Profil entwickeln können.

Wir halten es für möglich, die etwa 180 Millionen Euro aufzubringen, die der notwendige Neubau des Klinikums Bremen-Mitte kosten wird, ohne dass sich Bremen für 30 Jahre an einen Investor binden muss. Das geplante Modell für eine öffentlich-private Investorenpartnerschaft (PPP) beruht auf falschen Annahmen und gefährdet die Zukunft der Krankenhäuser unter kommunalem Einfluss.

Die Kliniken müssen gezwungen werden, für bestimmte Verfahren wie Operationen, Herzkatheter-Untersuchungen etc. ihre Komplikationsraten und den Anteil erfolgreicher Operationen nicht nur im internen Vergleich, sondern auch für die Öffentlichkeit darzulegen. Das Gesundheitssystem soll für die Verbraucherinnen und Verbraucher durchsichtig werden.

Für eine gute medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten muss die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sowie anderen Gesundheitsberufen und

ihren Einrichtungen verbessert werden. Diese Art der integrierten Versorgung muss auch für die Hospiz- und Palliativmedizin sowie für alte und für psychisch kranke Menschen ausgeweitet werden. Auch im Bereich der Psychiatrie stellt sich die Frage, ob das staatliche Hilfesystem die bedürftigen Menschen noch erreicht. Die sozialpsychiatrischen Dienste müssen stärker mit den sozialen Diensten kooperieren können, um z. B. besser auf die Menschen zu reagieren, die wohnungslos geworden sind und durch alle Netze gefallen sind. Der Vorrang ambulanter Hilfen darf nicht zum Feigenblatt für das Vernachlässigen der staatlichen Fürsorgepflicht werden. Warnhinweise durch die Polizei müssen verlässlich aufgenommen werden.

Sucht. Wir GRÜNEN sind gegen eine Suchtpolitik, die einseitig auf Kriminalisierung und Repression setzt. Abhängige Menschen betrachten wir als Hilfsbedürftige, die wir in ihrer jeweiligen Lebenssituation unterstützen wollen. Dazu gehört ein Netz von niedrigschwelligen Hilfsangeboten bis hin zu Plätzen für ausstiegsorientierte Therapien, die eine selbstbestimmte Lebensperspektive ermöglichen sollen. Die Hilfen müssen so organisiert sein, dass auch eine selbstgewollte Trennung von der Drogenszene ermöglicht wird. Wenn ausreichend Angebote vorhanden sind, gibt es auch eine Rechtfertigung, Drogenkonsumenten und -konsumentinnen, die sich sehr störend und unsozial verhalten auch mit repressiven Mitteln zum Schutz der übrigen Bevölkerung zu begegnen.

Bremen – für Frauen und Männer

1. Frauen sind anders – Männer auch

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist immer noch kein Allgemeingut. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Gleichstellungspolitik als selbstverständliche Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern verstanden wird. Ohne Geschlechtergerechtigkeit kann es keine solidarische Modernisierung unserer Gesellschaft geben. Gerade in den Städten beobachten wir einen zunehmenden Wandel der Lebenskonzepte und Lebensformen von Frauen und Männern.

Immer noch sind Frauen in vielen Lebenslagen strukturell benachteiligt – ob aufgrund der häufig unsicheren Arbeitsverhältnisse, in denen sie ihr Geld verdienen müssen (Mini- oder Midijobs), oder weil Frauen in gleichen betrieblichen Positionen immer noch schlechter als Männer bezahlt werden.

Wir GRÜNEN stehen nach wie vor dafür, Strukturen zu ändern und Hemmnisse abzubauen, damit Frauen und Männer ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Zentrales Anliegen der Förderung von Gleichberechtigung muss es sein, Frauen eine eigene Existenzsicherung zu gewährleisten. Die Integration in den Arbeitsmarkt mit wirtschaftlicher Sicherheit und Unabhängigkeit im Alter ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

Nach anderthalb Jahren Erfahrung mit den Auswirkungen der Hartz-Gesetzgebung müssen wir feststellen, dass die Konstruktion von sog. Bedarfsgemeinschaften falsch war. Sie führt dazu, Frauen noch abhängiger vom Einkommen und Vermögen ihres Partners/Ehemanns zu machen – das Gegenteil einer eigenständigen Existenzsicherung, die wir für alle Menschen anstreben. Wir werden uns für eine Bundesratsinitiative Bremens einsetzen, die darauf abzielt, diesen Passus im Gesetz nachzubessern.

Familie und Beruf. Wir brauchen eine politische und öffentliche Debatte um veränderte männliche Lebensmuster und Verhaltensweisen. Das Rollenspektrum von Männern ist nach wie vor zu eng auf die Ernährerrolle fixiert, während Frauen „selbstverständlich“ die Verantwortung für die Familie übernehmen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht nur ein Problem von Frauen. Wir wollen, dass das berufliche Fortkommen von Frauen und Männern nicht mehr dadurch gehindert wird, dass sie sich zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Dazu gehört eine ausreichende Anzahl guter Betreuungsmöglichkeiten für Kinder jeden Alters, also mehr Krippen- und bedarfsgerechte Kindergartenplätze sowie der Ausbau von Ganztagschulen und ergänzenden Horten. Flexible Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeitverkürzungen müssen im öffentlichen Dienst wie auch in der Privatwirtschaft entwickelt und verstärkt für Frauen und Männer angeboten und für beide attraktiv gestaltet werden.

Gender Mainstreaming. Spannungen zwischen der gezielten beruflichen Frauenförderung und der Familienpolitik können nur beseitigt werden, wenn die Gleichheitserwartungen von Frauen ernst genommen werden und sie ihre Lebensentwürfe ebenso selbstbewusst gestalten können wie Männer. Wir wollen bei allen politischen Entscheidungen konsequent eine Prüfung auf Geschlechtergerechtigkeit durchführen. Damit soll sichergestellt werden, dass bei allen Entscheidungsprozessen, Maßnahmen und Gesetzen die Auswirkungen auf beide Geschlechter ermittelt und berücksichtigt werden. Das gilt auch für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der öffentlichen Haushalte (Gender-Budget). Klar ist, dass Gender Mainstreaming die bisherige Frauenförderpolitik nicht ersetzen kann. Dieser Ansatz muss durch konkrete Frauenfördermaßnahmen unterstützt werden.

Frauenberufe? – Männerberufe? Trotz hoher Bildungsbeteiligung und Bildungserfolgen von Frauen und Mädchen bleibt der geschlechtstypische Charakter bei der Berufswahl weiterhin erkennbar. Sowohl Mädchen als auch Jungen brauchen Vorbilder und gleichgeschlechtliche Identifikationsmöglichkeiten, um aus vorgegebenen Geschlechterrollen aussteigen zu können. Wir brauchen mehr Schlosserinnen und mehr Altenpfleger. Wir sind für eine breit angelegte Initiative, auch junge Männer für den Beruf des Erziehers und des Grundschullehrers zu gewinnen und junge Frauen zu ermutigen, z. B. naturwissenschaftliche Fächerkombinatio-

nen im Lehramtsstudium zu belegen und später auch zu unterrichten. Nur so ist langfristig zu erreichen, dass Schülerinnen ermutigt und unterstützt werden, an Universitäten und Hochschulen auch klassisch männliche Studienfächer zu belegen.

Das erfolgreiche Verbundkonzept der Hochschulen im Land Bremen, das die Chancengleichheit für Studentinnen naturwissenschaftlich-technischer Fächer fördern soll, ist auch nach Beendigung der jetzigen Förderperiode weiterzuführen.

Wir wollen den Frauenanteil an den Professuren im Land Bremen (2005 bei 19%) durch die Einführung einer Quote kontinuierlich steigern.

Existenzgründungen von Frauen verstärkt fördern.

Obwohl immer mehr Unternehmen erfolgreich von Frauen geleitet werden, sind sie in der Gruppe der Selbstständigen nach wie vor unterrepräsentiert. Wir wollen die bestehenden, spezifischen Beratungs- und Finanzierungsangebote für Existenzgründerinnen, die stärker auf die besonderen Bedingungen von Frauen eingehen, aufrechterhalten und ausbauen. Alle Frauen, auch beispielsweise Teilzeitgründerinnen, Berufsrückkehrerinnen und auch erwerbslose Frauen, müssen daran beteiligt werden.

Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes. Das Landesgleichstellungsgesetz sieht eine Reihe von Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst vor. Längst

nicht in allen Dienststellen wird das Gesetz auch umgesetzt – das ist nicht hinnehmbar. Wir wollen darüber hinaus, dass das Gesetz auch – durch Tarifverträge oder entsprechende Änderung der Gesellschafterverträge – in allen über 260 ausgegliederten Gesellschaften gilt. Für alle Gesetzesverstöße müssen Sanktionen entwickelt und angewandt werden.

Gegen Gewalt, Frauenhandel und Zwangsprostitution. Wir GRÜNEN stehen für die Ächtung von Gewalt gegen Frauen und Kinder im häuslichen und öffentlichen Bereich. Das Thema „häusliche Gewalt“ sollte bereits in der Schule und in Kinder- und Jugendeinrichtungen aufgegriffen werden. Wir treten dafür ein, dass Frauenhäuser und entsprechende Beratungsstellen für Frauen und Männer aufrechterhalten bzw. eingerichtet und gefördert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen, Frauenhäusern und Polizei wollen wir weiterhin unterstützen. Darüber hinaus werden wir uns für die Schaffung von Täterprogrammen wie z. B. Antigewalt- und Sozialtrainings einsetzen. Das vorbeugende Konzept „Häusliche Beziehungsgewalt“ und das von Rot-Grün auf Bundesebene verabschiedete Gewaltschutzgesetz müssen konsequent auf allen Ebenen umgesetzt werden.

Für die Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution muss die Finanzierung einer unabhängigen Beratungsstelle gesichert sein. Wir wollen effektive und niedrigschwellige Zeuginnenschutzprogramme und einen wirksamen Abschiebeschutz für die betroffenen

Frauen, damit sie überhaupt eine Chance haben, sich gegen Zwangsprostitution zu wehren.

Migrantinnen. In Bremen gibt es mit den sechs Mütterzentren gute Projekte für die Integration von Migrantinnen, denen es schon seit vielen Jahren gelingt, durch niedrigschwellige Angebote Migrantinnen aus ihrer häuslichen Isolation zu holen – zum Beispiel das Mütterzentrum in Tenever, das dies schon seit langem schafft (durch Nähkurse, Gesprächskreise, internationalem Mittagstisch etc.). Die Frauen erarbeiten sich so die Möglichkeit, sich ihren eigenen Platz in unserer Gesellschaft zu suchen. So können sie selbst ihre Integration betreiben: Ein Ziel, das wir GRÜNEN anstreben. Wir fordern deshalb, die bereits bestehenden niedrigschwelligen Programme und Projekte weiterhin zu fördern und auszubauen. Wir wollen von ihnen lernen, wie sie es schaffen, mit geringen öffentlichen Mitteln so viele Menschen erfolgreich zu unterstützen.

Das Recht auf Freiheit, Gleichheit und körperliche Unversehrtheit muss auch für Migrantinnen gesichert werden. Häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung und „Ehrenmorde“ müssen bekämpft werden. Deshalb muss die Arbeit von Frauenhäusern und Beratungsstellen besser unterstützt und von vornherein längerfristig gefördert werden. Mit den GRÜNEN hätte es die Schließung der Notaufnahme des Mädchenhauses erst gar nicht gegeben.

2. Gleiche Rechte für Lesben und Schwule

Auch auf Landesebene muss weiterhin für die Rechte von Lesben und Schwulen gekämpft werden. Die Lehrpläne an den Schulen dürfen das Thema Homosexualität nicht länger aussparen. Auf die spezifischen Probleme heranwachsender Lesben und Schwulen sollte eingegangen werden.

Ehe statt eingetragener Lebenspartnerschaft. Wir wollen bundesweit einheitliche Regelungen beim Schließen und Aufheben von eingetragenen Lebenspartnerschaften, das momentane Zuständigkeitswirrwarr muss ein Ende haben. Hier darf es zu keiner Benachteiligung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften gegenüber gemischtgeschlechtlichen Ehen geben. Unser Ziel bleibt aber langfristig die Öffnung der Ehe. Wir wollen, was uns Dänemark, die Niederlande, Belgien und Spanien vorgemacht haben, auch in Deutschland: Für lesbische und schwule Paare muss hierzulande die Ehe ermöglicht werden. Bremen muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Ehe auch für homosexuelle Paare zu öffnen. Damit wären homosexuelle gegenüber gemischtgeschlechtlichen Paaren endlich nicht mehr benachteiligt.

Bremen – demokratisch und verantwortungsvoll

1. Demokratische Teilhabe stärken

Eigentlich wissen wir es: Wenn möglichst viele Menschen sich an wichtigen Entscheidungen beteiligen können, wird – nicht immer, aber doch sehr oft – das Ergebnis besser und außerdem noch von viel mehr Menschen akzeptiert. Obwohl das bekannt ist, gibt es in Bremen und Bremerhaven weniger Mitentscheidungs- und Mitberatungschancen als anderswo in der Republik. Die große Koalition hat die Beiräte geschwächt, Bürgeranträge und Bürgerentscheide missachtet und eigene Initiativen der Bremerinnen und Bremer oft ins Leere laufen lassen. Das wollen wir in unserem Land ändern.

Wahlrechtsreform. Es ist dumm, die Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen im Land Bremen nicht mehr und besser in der Politik zu nutzen und sie aktiv in die Gestaltung und in die Entscheidung einzubeziehen. Dafür brauchen alle Bürgerinnen und Bürger mehr formale Rechte, mehr unmittelbaren Einfluss und eigene Initiativ- und Gestaltungschancen. Das wichtigste formale demokratische Recht ist das Wahlrecht. Möglichst viele Bremerinnen und Bremer sollen es ausüben können. Deshalb wollen wir, dass Jugendliche ab 16

und alle EU-Bürger die Möglichkeit haben, den Landtag zu wählen. Alle anderen Ausländer, die ein Jahr in unseren Städten leben, sollen das Wahlrecht zu Stadtparlamenten und Beiräten bekommen. Wir wollen allen Wahlberechtigten mehr Einfluss darauf geben, welche Personen sie in den Parlamenten vertreten und haben deshalb das Volksbegehren zur Wahlrechtsreform unterstützt.

Die Beiräte. Für die Beiräte in Bremen ist es notwendig, ihre Entscheidungsrechte zu erweitern. Dazu gehört auch, dass die jeweiligen Beiräte ihre Ortsamtsleiter selbst wählen und sie ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt bekommen, damit sie entsprechend entscheiden können, zum Beispiel über örtliche Grünanlagen oder über Jugendarbeit in ihrem Stadtteil. Die Einschränkung der Beiratsrechte durch die Novellierung der Landesbauordnung ist aufzuheben. Die Beiräte sind, auch wenn ein Bauvorhaben durch einen Bebauungsplan gedeckt ist, an allen Bauverfahren unter dem Gesichtspunkt des Erhalts und der Förderung der Wohnqualität sowie der Gestaltung des Stadtbilds zu beteiligen. Da die Beiräte ressortübergreifend arbeiten, sollten ihre Budgets ebenso wie die Fachaufsicht bei der Senatskanzlei angesiedelt werden. Dazu gehören auch Mittel für notwendige Moderationsverfahren und Netzwerkkoordination. Eine wirksame Beteiligung von Beiräten bei übergreifenden konzeptionellen Themen mit Stadtteilbezug ist sicherzustellen. Wir wollen, dass in Zukunft bei Konflikten

mit dem Senat Vertreter des Beirats Rederecht in der Stadtbürgerschaft erhalten. Bei einer gewünschten umfassenden Reform der kommunalen Organisation müssen die Beiräte und die Bewohnerinnen und Bewohner der Ortsteile einbezogen werden.

Bürgerbeteiligung ermöglichen. Die direkte Einflussnahme der Bremerinnen und Bremer auf die Politik soll in unserem Land auch durch mehr Volksabstimmungen und kommunale Bürgerbegehren verstärkt werden. Die hohen Hürden in Bremen und Bremerhaven erschweren diese Form der Bürgerbeteiligung. Die Senkung der benötigten Unterschriftenzahl für ein Volksbegehren auf 5 Prozent der Wahlberechtigten und des Zustimmungsquorums beim Volksentscheid auf 20 Prozent für einfache Gesetze und 33 Prozent für Verfassungsänderungen wollen wir erreichen, um dem Bürgerwillen mehr Chancen zu geben. Wir schlagen vor, dass bei wichtigen Bebauungsplänen und Verkehrsplanungen die Verwaltung mehrere Lösungsvorschläge präsentiert. Bei größeren Konflikten sind Moderationsverfahren anzuwenden. Als letzte Möglichkeit sollte über konkurrierende Vorschläge, zu denen auch Vorschläge von Bürgerinitiativen gehören, abgestimmt werden können. Die Ergebnisse sollen die Verwaltung binden.

Die Verfassungsvorschrift, dass alles, was irgendwie die staatlichen Haushalte betrifft, für Volksabstimmungen tabu ist, halten wir für ebenso antiquiert wie die Regelung, dass nicht über mehrere konkurrierende

Vorschläge abgestimmt werden darf. Alle Investitionsvorhaben, zu denen Bremen aus dem eigenen Haushalt mindestens 20 Millionen Euro zuzahlt, muss sich der Senat über ein Finanzreferendum von den wahlberechtigten Bürgern bestätigen lassen.

Wir halten es für sinnvoll, dass die Verwaltung die Kosten für alle großen Investitionsvorhaben transparent macht, indem z. B. an Vorhaben mit öffentlicher Finanzierung an den Bauschildern o. Ä. Hinweise auf Finanzierung, Gesamtkosten und Bauzeit gegeben werden. Dies gilt natürlich auch für Projekte der staatlichen oder städtischen Gesellschaften. Bürgerbeteiligung ist mehr als das Recht zu wählen oder mit Ja bzw. Nein abstimmen zu dürfen. Für uns GRÜNEN ist es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern viele eigene Mitgestaltungschancen zu ermöglichen. Vor allem im Stadtteil sind bisher viele Chancen ungenutzt.

Den Stadtteil gestalten. Die GRÜNEN haben das Gesetz über „Standortgemeinschaften“ unterstützt. Es gibt Grundeigentümern die Chance, auf eigene Initiative befristet eine Abgabe von allen Eigentümern zu erheben und mit dieser selbstständig zur Entwicklung ihrer Straße beizutragen. Dieses Gesetz hat aber Schwächen und muss nachgebessert werden. Die Interessen der Mieter sollten stärker berücksichtigt werden. Insbesondere eine Umlagefähigkeit auf Nebenkosten muss für die gewerblichen Mieter eingeschränkt und für private Mieter ausgeschlossen sein.

Bürgerschaftliches Engagement unterstützen. Wir wollen die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern. Dazu gehören bessere Informationsmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung. Wir wollen das unzureichende Informationsfreiheitsgesetz Bremens an die erfolgreichen Gesetze in anderen Ländern anpassen und dort über sie hinausgehen, wo ihre Anwendung in den letzten Jahren Mängel offenbart hat. Transparenz des behördlichen Handelns ist für uns eine zentrale Voraussetzung bürgerlichen Engagements. Der Schutz der Rechte Dritter muss dabei gewahrt werden.

Ein wichtiger Bereich bürgerschaftlichen Engagements ist der Zusammenschluss von Menschen zu Interessengemeinschaften und Selbsthilfegruppen. Bremen wird auch in Zukunft über das Netzwerk Selbsthilfe und die Freiwilligenagentur diese Arbeit unterstützen und ihnen in der Bremischen Bürgerschaft für die Öffentlichkeitsarbeit einen geeigneten Raum zur Verfügung stellen. Das gilt für die AIDS-Hilfe ebenso wie für „Die Tasse“, die Hilfen für wohnungslose Menschen anbietet, für „Selbstbestimmt Leben Bremen e. V.“ für behinderte Menschen und für das „rat und tat zentrum“ für Schwule und Lesben.

2. Mit Sport durchs Leben

Fit durchs Leben. Der organisierte Vereinssport, aber auch jene vielen Sportlerinnen und Sportler, die sich unorganisiert sportlich betätigen, leisten einen großen

Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zur Gesundheit und Fitness in Bremen und Bremerhaven. Von daher kommt der politischen Unterstützung und Finanzierung des Sports eine große Bedeutung zu.

Keine künstliche Wildwasserbahn. Wir GRÜNEN wollen dabei eine Abkehr von prestigeträchtigen, aber nicht zu finanzierenden Großprojekten wie dem Ausbau des Grambker Sportparksees zu einem olympischen Wassersportzentrum. Schon jetzt muss die Sportpolitik für die Sünden der Vergangenheit in Form von überdimensionierten, auf Kredit gebauten Großanlagen aufkommen, die von den Vereinen nicht mehr unterhalten werden können. Dieses Geld fehlt für die dringend gebotene Sanierung und bescheidene, aber funktionale Ausstattung unserer Sportanlagen.

Mittel gezielt einsetzen. Weitsichtige Sportpolitik setzt Anreize für die Vereine, durch eine professionelle und kooperative Vereinsstrategie eine gesicherte Zukunft für den Vereinssport zu ermöglichen. Die geringer werdenden Mittel müssen im Interesse der SportlerInnen gebündelt und zielgerichtet eingesetzt werden. Dem Landesportbund und den anderen Verbänden des Sports kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu. Mit dem neuen effizienten Hallenmanagement haben die Spitzenorganisationen des Sports ihre Zukunftsfähigkeit bewiesen.

Integration durch Sport. Aber auch in den Trendsportanlagen für Jugendliche, zum Beispiel im Sportgarten, zeigt sich das große integrative Entwicklungspotenzial, das der Sport in Bremen noch hat. Verantwortungsvolle Sportpolitik sorgt dafür, dass die bisher von adäquaten Sportmöglichkeiten ausgegrenzten Teile der Bevölkerung an den Sport herangeführt werden und sich die soziale Schere in der Bevölkerung nicht noch weiter öffnet.

Übungsleiterpauschale absichern. Das Sportförderungsgesetz soll als eine „Lebensversicherung“ für die Versorgung mit wohnortnahen Sportanlagen bestehen bleiben. Das Gleiche gilt für die öffentliche Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer und Übungsleiterinnen und -leiter. Das unwürdige Schauspiel, in jeder Haushaltsberatung die Übungsleiterpauschale wieder zur Disposition zu stellen, muss beendet werden.

Werder und das Weserstadion. Den weiteren Innenausbau des Weserstadions zu einem modernen europäischen Fußballstadion befürworten wir unter der Voraussetzung einer privaten Finanzierung eines mit den Anwohnern und Anwohnerinnen aller betroffenen Stadtteile abgestimmten Verkehrskonzepts.

Sportwetten und Lotterien. Die zukünftige Finanzierung des Sports steht und fällt mit der Frage, ob es uns gelingt, die Förderung des Sports in den regulären

Haushalten des Landes und der Stadtgemeinden darzustellen. Auch wenn dies gelingt, sind die staatlichen Haushalte bei der Sportförderung auf Einnahmen aus Steuern und Abgaben auf Sportwetten und Lotterien angewiesen. Hier auf ein überholtes und nicht mehr zeitgemäßes Staatsmonopol zu setzen, wird die Möglichkeiten zur Unterstützung des Sports einschränken.

In Zeiten des Internets und eines europäischen Binnenmarktes soll durch ein strengen Zulassungskriterien unterworfenen Lizenzierungsverfahren privaten Wett- und Lotterieranbietern eine Chance eingeräumt werden. Grundvoraussetzungen für eine Lizenzerteilung müssen unter anderem zielgerichtete Maßnahmen zur Suchtprävention und die Zahlung von Steuern und Zweckabgaben im Inland sein. Diese Mittel können mittel- und langfristig die Fördermöglichkeiten des Sports beträchtlich erhöhen und kommen so allen Sport treibenden Menschen in Bremen und Bremerhaven zu Gute.

3. Sicherheit verantwortungsvoll gewährleisten

Die Vermeidung von Kriminalität und deren consequente Verfolgung gehören zu den wichtigsten vom Staat nicht an Private delegierbaren Aufgaben. Damit schützt der Staat alle potenziellen Opfer von Straftaten, besonders aber die Schwachen in der Gesellschaft, wie Kinder und ältere Menschen, die besonders verletzlich sind. Dabei kommt der präventiven

Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität eine zentrale Bedeutung zu.

Der Kriminalität vorbeugen. Wir GRÜNEN wollen soziale Entwicklungen möglichst früh stoppen, die – wenn auch nicht zwangsweise – straffälliges Verhalten begünstigen. Der soziale Abstieg vieler Kinder und Jugendlicher, wie er sich in Untersuchungen über die Armutsentwicklung zeigt, oder die künstliche Aufrechterhaltung des Duldungsstatus für 3.500 Bremerinnen und Bremer, die seit Jahren hier integriert sind, aber nicht arbeiten dürfen und keine Ausbildung beginnen dürfen, gehört zu diesen Ursachen.

Strenge Maßstäbe bei Gesetzen. Die Innenpolitik von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* unterscheidet sich außerdem dadurch von der Politik der letzten vier CDU-Innensenatoren, dass sie strenge Maßstäbe an die Notwendigkeit, Effizienz und Rechtsstaatlichkeit der vorgeschlagenen Gesetze und Maßnahmen legt. Drastische, aber unpraktikable Vorschläge wie die sinnlose Rasterfahndung lehnen wir ab. Ständig neue Verschärfungen des Bremischen Polizeigesetzes in Bereichen, die für die Herstellung von alltäglicher Sicherheit der Menschen in Bremen irrelevant sind, halten wir für Täuschung der Bevölkerung. Die Videoüberwachung öffentlicher Räume hat mehr die Wahlaussichten der CDU als die Sicherheit der Bevölkerung zum Ziel. Sie ist allenfalls symbolisch, da entgegen der Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger keine Kapazitäten zum

Eingreifen auf Seiten der Opfer stehen. Neue Standorte wird es nur bei unabweisbaren Argumenten geben. Unter gewissen Kriterien kann das auf die Eingangsbe-
reiche der Lokale auf der Diskomeile zutreffen.

Neue Fahndungsmethoden. Die DNA-Analyse ist aus technischer Sicht der „Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts“. Besonders sexuell motivierte Straftaten gegen Frauen und Kinder, aber auch zahlreiche andere Verbrechen können mit ihr besser und schneller aufgeklärt werden. Es ist eine Herausforderung an die Politik, diese verbesserten Fahndungsmethoden gesetzlich so einzubetten, dass sie mit möglichst geringen Eingriffen in die informationelle Selbstbestimmung und auf einem datenschutzrechtlich hohen Niveau zum Tragen kommen.

Arbeitsfähigkeit der Polizei sichern. Die GRÜNE Sicherheitspolitik vertraut in erster Linie auf die Arbeit gut ausgebildeter, gut motivierter und gut ausgestatteter Polizeibeamtinnen und -beamten und deren vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort. Tatsächliche Verbesserungen der Sicherheitslage in bestimmten Delikts- oder Tätergruppen und konkrete Fahndungserfolge sind viel häufiger Ergebnis „traditioneller“ professioneller Arbeit der Polizei als von breit öffentlich debattierten politischen Interventionen. Deshalb kommt im Rahmen GRÜNER Sicherheitspolitik der Sicherstellung von Arbeitsfähigkeit, Motivation und einer ständigen Weiterentwicklung von Ausbildungs-

inhalten und -methoden der Polizei große Bedeutung zu. Ständige Verunsicherung, Umstrukturierung und Schlechterstellung der Beamten und Beamtinnen ist eine Politik auf Kosten der Beschäftigten und der Sicherheit der Bevölkerung.

Die Revierstruktur wird im Rahmen der fiskalischen Möglichkeiten möglichst wohnortnah aufrechterhalten. Wir sind aber für Strukturvorschläge der Positionierung der Polizei in der Fläche offen, sofern sie örtliche Sicherheit mit kostenbewusster Organisation vereinbaren. Wir wollen prüfen, ob die Einrichtung einer Landespolizei unter Einschließung der Polizei Bremerhavens eine einheitliche Organisation und einen rationalen Umgang mit öffentlichen Mitteln ermöglicht.

Arbeitsschutz bei der Feuerwehr. Auch bei der Feuerwehr wollen wir den Faktor Mensch bei der Brandvermeidung und -bekämpfung in den Vordergrund stellen. Kosteneinsparungen und Kürzungen bei den Feuerwehrleuten müssen dort stoppen, wo die Feuerwehr nicht mehr in der Lage ist, einen Brand in angemessener Zeit zu löschen. Hier gibt es Grenzen der Sicherheit und der Zumutbarkeit für die Menschen, die diese gefährliche Arbeit für uns alle tun. Europäische Richtlinien zum Arbeitsschutz sind in jedem Fall einzuhalten.

Verfassungsschutz auf Mindestmaß. Wir GRÜNEN sind seit jeher kritisch gegenüber dem Verhältnis von konkretem Nutzen und den Kosten des Verfassungsschutz-

zes. Zahlreiche Skandale und Verwicklungen der Geheimdienste in die jüngsten Affären verweisen auf die grundsätzlichen Risiken geheim gehaltener Aufklärungstätigkeit. Das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hat unseres Wissens auch trotz massiver Aufstockungen seiner Mittel nach dem 11. September 2001 wenig konkrete Ergebnisse für die Terrorabwehr oder die Sicherheit der Bevölkerung erbracht. Nach Auffassung der GRÜNEN könnte die Arbeit des LfV auf das von Bundesgesetzen geforderte Mindestmaß zurückgeführt werden. Die Hälfte der so eingesparten Mittel könnten für ein Mehr an Sicherheit in die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven investiert und die andere Hälfte zur Konsolidierung unserer Haushalte verwendet werden.

Marktausschuss abschaffen. Die GRÜNEN fordern die Abschaffung des Marktausschusses mit seinen Einzelfallentscheidungen für oder gegen Schausteller und Fahrgeschäfte auf Freimarkt, Osterwiese und Weihnachtsmarkt. Parlamentarier sollten ein Interesse daran haben, dieses stets offene Einfallstor für Beeinflussung von außen zu schließen und die Entscheidungen durch korruptionsfeste Verfahren der Marktverwaltung zu ersetzen.

4. Integration – ein starker Zusammenhalt für Bremen

Wir GRÜNEN streiten seit unserer Gründung für eine humanitäre und weitsichtige Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Viele Widerstände waren zu überwinden, um erstmals zu einem bundesweiten Zuwanderungsgesetz und zu einer gesetzlichen Vorrangstellung für mehr Integration zu kommen. Dabei haben auch wir unsere Positionen weiterentwickelt und aus der alltäglichen sozialen Praxis in unseren Großstädten gelernt. Unsere angeblich realitätsferne Multikulti-Seligkeit ist ein altes Vorurteil. Wir sehen klar, dass Migration auch Integrationsprobleme mit sich bringt, denen wir mit einer klugen Politik begegnen müssen.

Wir verstehen die Lage und die Interessen der Menschen, die oder deren Vorfahren nach Bremen kamen, fordern von ihnen aber bewusst auch einen Beitrag zum Zusammenwachsen in Vielfalt. Eine im Wortsinn konstruktive Integrationspolitik, die versucht, alle Menschen auf die große Baustelle Integration mitzunehmen, muss an der sozialen Situation anknüpfen, die Menschen tagtäglich erleben – und nicht an Wunschvorstellungen. Nur wer die realen Konflikte in der Zuwanderungsgesellschaft weder schönfärbt noch rassistisch verzerrt, hat die Chance, Lösungen für Kernprobleme der Integration zu finden. Dazu gehört vor allem auch die Verbesserung der Lebenssituation derjenigen Menschen mit Migrationshintergrund, die bisher zu den Verlierern der Zuwanderung gehören.

Davon sind vor allem junge männliche Migranten mit geringer Bildung und sehr schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt betroffen.

Mit 10 konkreten Vorhaben wollen wir Prioritäten in der Migrations- und Integrationspolitik setzen:

- 1. Migrationspolitik verbessern, Ausländerbehörde modernisieren.** Die Politik der letzten vier Innenministern der CDU war geprägt von dem Versuch, sich auf Kosten der Migranten und Migrantinnen zu profilieren. Dabei wurde die Zuwanderungspolitik Bremens und der nachgelagerten Behörden immer mehr zu einem reinen Abwehrinstrument. Hier werden GRÜNE die Chancen einer an Bürgersinn und friedlichem Zusammenleben orientierten Politik auch durch eine an den Standards von Bürgerserviceeinrichtungen zu messenden Ausländerbehörde nutzen.
- 2. Integrationskonzept stärker auf nachholende Integration ausrichten.** Vorhandene Bremer Mittel und Drittmittel aus Integrationsprogrammen müssen umverteilt werden. Von der weiteren Vertiefung der Integration einiger Weniger hin zu den schwierigen und ausgegrenzten Zielgruppen, bei denen bisher zu wenig Integrationsarbeit angekommen ist.
- 3. In Sprache, Bildung, Schulabschluss investieren.** Bildung ist die zentrale Zugangskategorie zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens speziell für Kin-

der von Migrantinnen und Migranten. Öffentliche Bildung und Erziehung in Kita und Schule müssen daher weiter inhaltlich auf interkulturelles Lernen umgestellt und, zum Beispiel durch Ganztagschulen, weiter ausgebaut werden. Individuelle Förderung muss verstärkt werden und, anders als in Vergangenheit und Gegenwart, auch tatsächlich bei denen, die sie benötigen, ankommen.

4. Selbstbestimmte Integration durch Partizipation.

Die Verantwortung und Ausgestaltung bei der Integrationsarbeit muss deutlich mehr in die Hände der Migranten und Migrantinnen selbst gelegt werden. Der Rat für Integration muss sich zu einem unabhängigen demokratischen Instrument entwickeln können. In Bremen und Bremerhaven müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ein kommunales Wahlrecht für Menschen aus Nicht-EU-Staaten einzuführen.

5. Teilhabe ermöglichen und Verantwortung einfordern.

Migrantinnen und Migranten mit entsprechender Qualifikation müssen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst vermehrt berücksichtigt werden. Dazu müssen qualifizierte ausländische Bildungsabschlüsse mit adäquaten hiesigen Abschlüssen gleichgestellt werden.

6. Orientierung erleichtert Integration.

Zur emotionalen und mentalen „Einbürgerung“ ist es nötig – über

die allgemein verbindlichen Werte der Verfassung hinaus – die Grundlagen und Ziele des alltäglichen Zusammenlebens in Institutionen wie Schule oder Jugendfreizeitheim miteinander zu diskutieren und – ganz entscheidend – die gefundenen Vereinbarungen auch verbindlich umzusetzen.

- 7. Kettenduldungen abschaffen – Integration schaffen.** Die Gruppe der seit vielen Jahren in Bremen lebenden 3.500 Geduldeten (kein regulärer Aufenthalt, keine Arbeit, keine Ausbildung, keine Bewegungsfreiheit) muss, soweit dies rechtlich möglich ist, mit regulären Aufenthaltstiteln versehen werden. Darüber hinaus muss sich Bremen bundesweit für ein Bleiberecht langjährig hier lebender Flüchtlinge einsetzen, das so ausgestaltet ist, dass vor allem Familien mit Kindern und Jugendlichen, die in Bremen und Bremerhaven seit Jahren gut integriert sind, davon erfasst werden. Die erst nach langem Zögern eingerichtete Härtefallkommission muss durch die Beteiligung von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen und durch demokratischere Verfahrensregeln aufgewertet werden.

- 8. Erwerbsarbeit und Selbständigkeit als zentrale Integrationsmaßnahmen.** Die Teilhabe an Erwerbsarbeit sichert den Lebensunterhalt und trägt wesentlich zu Anerkennung und Gleichberechtigung bei. Qualifizierungen für den ersten Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktmaßnahmen und finanzielle Anreize zur

Schaffung von – auch einfachen – Arbeitsplätzen im privaten Sektor nützen allen Arbeitssuchenden, auch den vielen Arbeitssuchenden Migranten und Migrantinnen. Mehr qualitative und quantitative Unterstützung in Form von nachhaltiger Beratung und Förderung über die gesamte Konsolidierungsphase der Selbständigkeit ist nötig.

9. Gewalt und Kriminalität vermeiden und gemeinsam bekämpfen. Zum Zweck der Prävention und zur Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität ist es notwendig, dass alle Beteiligten eng zusammenarbeiten. Die Arbeit der Polizei wird durch den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund und durch das Hinzuziehen von Sachverständigen auf dem Gebiet sozialer Gründe der Entstehung von Kriminalität in ihrer Effektivität verstärkt.

10. Islam einbürgern statt ausgrenzen. Der Dialog über das Verhältnis zwischen Staat und Religion ist gegenwärtig erschwert durch das Fehlen verbindlicher Ansprechpartner auf Seiten der muslimischen Organisationen. Zahlreiche Fragen des Alltags, wie die Gestaltung des muslimischen Religionsunterrichts, die von uns geförderte Teilnahme am Biologie- bzw. Schwimmunterricht und an Klassenfahrten oder die Ausbildung von islamischen Geistlichen, können nur gemeinsam verbindlich ausgehandelt werden. Dafür bedarf es – wie in anderen Bundesländern – einer gemeinsamen Vertretung der Musli-

me. Auf dieser Grundlage wäre auch ein Staatsvertrag wie mit der evangelischen und katholischen Kirche und der jüdischen Gemeinde denkbar.

Wir setzen uns ein für eine gesellschaftliche Vertretung der Muslime in gesellschaftlichen Gremien wie dem Rundfunkrat von Radio Bremen.

5. Justiz – Grund- und Freiheitsrechte wahren

GRÜNE Justizpolitik für mehr Grund- und Freiheitsrechte.

Eine leistungsfähige Justiz ist Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen können, ihre Rechte durchsetzen und in Freiheit leben zu können. Gleichzeitig ist sie Rückgrat moderner Dienstleistungsstandorte wie Bremen und Bremerhaven. Die nötige finanzielle Mindestausstattung hat die große Koalition dafür nicht zur Verfügung gestellt.

CDU und SPD haben sich auch nicht darum gekümmert, Bremens Ruf als liberales, weltoffenes Bundesland zu stärken. Die Freiheit des Einzelnen und die verfassungsmäßige Ordnung dürfen dem Sicherheitsdenken nicht geopfert werden. Die Sicherung und der Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten ist nicht allein Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts. Die GRÜNEN wollen, dass Bremen wieder eine Vorreiterrolle in puncto Liberalität einnimmt.

Die Gerichte entlasten. Nicht jeder Streitfall muss in einem gerichtlichen Verfahren streitig entschieden werden. Die Streitschlichtung durch Mediation muss gestärkt werden. Reformvorschläge auf Bundesebene zur Entlastung der Gerichte von Aufgaben der freiwilligen Gerichtsbarkeit unterstützen wir, soweit dadurch nicht Rechte beschnitten werden. Tendenzen zur Privatisierung der Rechtsgewährung (z. B. im Bereich der Zwangsvollstreckung) lehnen wir jedoch entschieden ab. Wirtschaftsstraftaten und Korruption müssen konsequent bekämpft werden. Die wirtschaftlichen Schäden, die durch diese Formen der Kriminalität entstehen, sind – bis hin zur Vernichtung von Arbeitsplätzen – enorm. Die Personalausstattung der Staatsanwaltschaft und der Gerichte muss in diesem Bereich verstärkt werden.

Die GRÜNEN unterstützen den Einsatz moderner Technik in der Justiz, wodurch Verfahren deutlich beschleunigt werden können. Der Datenschutz ist dabei besonders zu beachten. Die Bildung des Justizentrums in Bremen war richtig, die zweite Ausbaustufe muss abgeschlossen werden. Die Managementkompetenzen in den Gerichten sollen gestärkt werden. Dabei ist zu prüfen, ob die Richterinnen und Richter Personalverantwortung im nichtrichterlichen Bereich bekommen. Bei künftigen Umstrukturierungsmaßnahmen soll die Bremer Anwaltschaft stärker eingebunden werden.

Nie wieder Brechmittel. Der Tod eines mutmaßlichen Drogenhändlers durch die zwangsweise Vergabe eines

Brechmittels durch die Polizei hat zwei Dinge zutage gefördert: Zum einen hat die große Koalition jedes Maß von Verhältnismäßigkeit verloren. Zum anderen ist das Verhältnis von Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten und der Strafvollstreckung durcheinander geraten. Der Rechtsstaat lebt davon, dass Institutionen ihr Handeln den anderen gegenüber rechtfertigen müssen. Wir lehnen die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln und die gefährlichen Magenspülungen entschieden ab.

Die Föderalismusreform darf Strafvollzug nicht verschlechtern. Es war falsch, die Gesetzgebung für den Strafvollzug auf die Länder zu übertragen. Der Bund drückt sich so um die durch das Bundesverfassungsgericht festgestellte Pflicht, den Jugendvollzug und die Untersuchungshaft gesetzlich zu regeln. Bremen muss jetzt ein fortschrittliches Jugendstrafvollzugsgesetz schaffen, das den Erziehungsgedanken ernst nimmt und die Entlassungsvorbereitung unter Einbeziehung des offenen Vollzugs verbessert. Bei der Regelung der Untersuchungshaft muss vor allem die gerichtliche Kontrollmöglichkeit gestärkt werden.

Das alte Strafvollzugsgesetz des Bundes ist weiterhin in seiner Zielsetzung ein gutes Gesetz. Hier muss Bremen nichts Neues erfinden und kann das alte Recht fortbestehen lassen.

Hilfe wo möglich, Strafe wo nötig. Strafen können notwendig sein, sowohl für den Straftäter als auch für

die Gesellschaft. Freiheitsentzug muss jedoch wieder zum letzten Mittel werden. Bremen hat ein Netz von freien und öffentlichen Trägern der Straffälligenhilfe, das stabilisiert und ausgebaut werden muss. Die Wiedereingliederung von Straftätern darf nicht zur Aufgabe von Ein-Euro-Jobbern verkommen.

Der Täter-Opfer-Ausgleich muss deutlich gestärkt werden, weil er die Interessen des Opfers einer Straftat wesentlich besser berücksichtigt und gleichzeitig Gerichte, Staatsanwaltschaft und Justizvollzug entlastet.

So genannte „Ersatzfreiheitsstrafen“, die Menschen treffen, die eine Geldstrafe nicht bezahlen, müssen drastisch reduziert werden. Meist führt eine soziale Notlage zur „Ersatzfreiheitsstrafe“, ca. 60 Leute sitzen durchschnittlich im Gefängnis – im Wesentlichen wegen Schwarzfahrens oder Ladendiebstahls. Wir wollen „Schwarzfahrer“ den „Falschparkern“ gleichstellen und eine entsprechende Initiative auf Bundesebene ergreifen.

Jugendstrafe – Betreuung vor Knast. Der Ruf nach „härteren“, längeren Strafen für jugendliche und heranwachsende Straftäter geht fehl, weil dadurch kriminelle Karrieren nur verfestigt würden. Eindeutige wissenschaftliche Erkenntnisse (Legalbewährungsstudie des Bundesjustizministeriums) müssen praktische Konsequenzen haben. Die Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe und Schulen ist nötig für jugendliche

Täterinnen und Täter, um frühzeitig ein Abrutschen in eine kriminelle Karriere zu verhindern. Schnelle und individuelle Sanktionen für Fehlverhalten, möglichst jenseits des Strafvollzugs, sind nötig.

Jugendvollzug wieder eigenständig machen. Trotz gesetzlicher Vorgaben ist seit der Schließung des Standorts Blockland kein organisatorisch, räumlich und personell eigenständiger Jugendvollzug in Bremen gewährleistet. Wir wollen den Jugendvollzug so weit von dem der Erwachsenen trennen, dass eigenständige Konzepte und bessere Betreuung möglich werden.

Gefängnisse in Oslebshausen und Bremerhaven sanieren. Der Justizvollzug hat unter der großen Koalition ganz besonders gelitten. Nach jahrelangen Fehlplanungen gibt es immer noch kein Konzept für die Sanierung der maroden Gefängnisse in Bremen.

Sicherheit wird vor allem durch das hergestellt, was innerhalb der Mauern passiert, egal wie hoch sie sind. Eine neue sechs Meter hohe Betonmauer um das Gelände in Oslebshausen verunstaltet das Stadtbild und ist – wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen – nicht erforderlich. Stattdessen ist der Bau einer neuen Krankenstation nötig, um die medizinische Versorgung sicherzustellen.

Durch Wohngruppenvollzug und Ausbau von sozialen Maßnahmen wird mehr für die Sicherheit getan als mit Betonplänen. Inhaftierte müssen wieder schneller und besser auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden.

Nur durch Haftvermeidung und Haftverkürzung kann das Gefängnis den massiven Personalabbau verkraften.

Die große Koalition hat den offenen Vollzug erheblich eingeschränkt, wodurch die Haftdauer gestiegen und die Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit verschlechtert worden ist – entgegen dem gesetzlichen Auftrag. Für den offenen Jugendvollzug stehen nur noch in Einzelfällen Haftplätze im offenen (Erwachsenen-)Vollzug zur Verfügung. Auch unter Kostengesichtspunkten ist aber eine Ausweitung des offenen Vollzugs dringend notwendig.

Bremen – europäisch und international

Das Land Bremen ist Zentrum einer Region in Europa, der „Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten“, und zugleich kleinstes Land der Bundesrepublik. Es ist abhängig von Regelungen der Europäischen Union und eingebunden in die wirtschaftlichen Abhängigkeiten eines globalisierten Welthandels. Alle diese Abhängigkeiten bestimmen die Zukunft Bremens in den kommenden Jahren mit. Deshalb brauchen das Land, beide Städte und ihre Institutionen ebenso wie jeder Einzelne mehr Mitsprache und mehr Einfluss auch außerhalb der engen Landesgrenzen.

Metropolregion. Wir GRÜNEN unterstützen und fördern alle Formen freiwilliger und von den Ländern vereinbarter Zusammenarbeit in der Metropolregion. Wir wissen, dass die Möglichkeiten beschränkt sind, den Wettbewerb der Kommunen um Einwohner und Gewerbe einzudämmen und dadurch den Flächenverbrauch zu reduzieren, solange zwei Bundesländer gegeneinander konkurrieren. Beim Ausweisen von Gewerbeflächen und insbesondere Einzelhandelsflächen wird ein schrankenloser Wettbewerb auf Dauer nur Verlierer erzeugen. Deshalb setzen wir in dieser Frage auf Überzeugungsarbeit, die nicht allein aus Bremer Sicht argumentiert.

Politisch steht für uns in den nächsten Jahren im Mittelpunkt, in der Metropolregion vor allem unter den Voraussetzungen des demografischen Wandels eine gemeinsame Schul- und Kindergartenentwicklung rund um die beiden Städte und eine gemeinsame Wissenschafts- und Verkehrspolitik voranzubringen.

Selbstständigkeit. Als Bundesland verteidigen wir unsere Selbstständigkeit. Wir suchen Bündnisse mit anderen, insbesondere den kleineren Bundesländern gegen eine weitere Abwälzung bundesstaatlicher Aufgaben und ihrer Finanzierung auf Länder und vor allem auf die Gemeinden. Bremen bringt durch seine Doppelfunktion von Land und Kommune die Interessen der Kommunen in die Runde der Länder ein. Wir stellen uns gegen den ausufernden Wettbewerbsföderalismus und wollen vor allem in der Bildungspolitik eine Rahmzuständigkeit des Bundes, um die Bildungschancen aller Kinder in Deutschland zu verbessern. Eine bessere Vertretung Bremens beim Bund und den Ländern ist deshalb dringlich.

Bremen in Europa. Bremen versteht sich in seiner Verfassung als „Glied der deutschen Republik und Europas“. Wir sehen dies als Auftrag, die europäische Integration aktiv mitzugestalten, denn wirtschaftlich und politisch handlungsfähig sind wir in der Welt nur noch als Teil Europas. Eine intensive und kluge Nutzung der europäischen Fördermöglichkeiten in der Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik, in der Struktur-

und Arbeitsmarktpolitik setzt voraus, dass Verwaltung und Gesellschaft im Land „europätauglich“ sind und europäisch aktiv werden. Wir unterstützen deshalb die überfällige Einrichtung eines „Europe direct“-Informationsbüros der Europäischen Kommission in Bremen.

Was die Kommunen besser entscheiden können, soll auch in der Verantwortung der Kommunen bleiben; dies gilt vor allem für zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge. Aber z. B. im Umweltschutz, in der Gesundheitsvorsorge, in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit sind heute gemeinsame europäische Regelungen oft die einzig richtige Wahl; Kompetenzeifersucht ist unangebracht.

Die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Meerespolitik ist im Lebensinteresse Bremens, wir werden alles tun, um die Interessen, aber auch Erfahrungen Bremens bei ihrer Formulierung einzubringen. Denn unsere Selbständigkeit und Lebenskraft beruht seit den Tagen der Hanse auf Handel, Schifffahrt und damit unseren Häfen. Dafür müssen nicht nur gute und faire Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen in Europa hergestellt sein; dafür muss vor allem das Meer als Ökosystem intakt bleiben – denn ohne die natürlichen Grundlagen geht auf Dauer nichts. Deshalb streiten wir bei der Weiterentwicklung der Häfen für umwelt- und menschenfreundliche Lösungen; deshalb treten wir bei der Formulierung einer europäischen Meerespolitik für hohe Umweltstandards und den Schutz der Meere ein.

Für eine solidarische Welt. Das Land Bremen, als internationaler Hafenstandort und Nutznießer der Globalisierung, muss sich seiner Verantwortung in der „Einen Welt“ stellen und fördert daher den Agenda-21-Prozess als Interessenausgleich zwischen Norden und Süden, den Generationen und zwischen Ökonomie und Ökologie. Eine Folgenabschätzung von Entscheidungen nach den Kriterien der Agenda 21 soll auch als Beratungsinstrument für Politik und Verwaltung einen höheren Stellenwert erhalten.

Bremen – generationsgerecht und sparsam

Nur mit gesicherten Staatsfinanzen wird Bremen als Bundesland lebensfähig bleiben. Die Verschwendungspolitik der großen Koalition hat in den letzten zwölf Jahren den öffentlichen Kassen schwer geschadet. Der Ruf Bremens hat bundesweit gelitten, weil die große Koalition erst lange das Scheitern der Bremer Sanierungspolitik vertuscht hat, danach den Kanzlerbrief zum Blankoscheck erklärte. So wurde viel Geld für Gebäude, Gewerbeflächen und neues Pflaster verschwendet, was sich Bremen gar nicht leisten konnte.

Die Klage in Karlsruhe. Der Senat hat aus Eigeninteresse den Eindruck erweckt, Bremens Haushalt sei mit den Sanierungsmillionen zu retten, obwohl spätestens seit dem Jahr 2000 feststand, dass der Weg, über massive Investitionen des Staates die Wirtschaft anzukurbeln, wegen des bestehenden Finanzausgleichsystems in Bremen zwar gute Stimmung hinterlässt, dem Staat aber einen nicht mehr zu bewältigenden Schuldenberg beschert hat. Jetzt sucht Bremen vor dem Bundesverfassungsgericht Unterstützung für einen gerechteren Finanzausgleich und verspricht für die nächsten Jahre einen sehr harten Sparkurs.

Die GRÜNEN unterstützen diese Klage, weil Bremen im Finanzausgleichssystem massiv benachteiligt wird

und im Wesentlichen unverschuldet in diese Haushaltslage geraten ist. Mit dem angestrebten Dreiklang „Teilentschuldung, gerechterer Finanzausgleich und Eigenanstrengungen“ hat Bremen eine realistische Chance.

Bremens Selbstständigkeit. Die GRÜNEN bekennen sich zum Erhalt der Selbstständigkeit Bremens, auch wenn es schwer wird. Eine Aufgabe der Selbstständigkeit würde Bremen und der Region 450 Millionen Euro im Jahr entziehen und nützt nur den reichen Bundesländern.

Bremen erbringt Leistungen für Deutschland und die Region. Die jährlichen Ausgaben von über 100 Millionen Euro für die Häfen muss unser Bundesland alleine schultern – auch weil die große Koalition vor lauter Selbstlob gar keine Verhandlungen über einen gerechten Ausgleich mit Bund und Ländern geführt hat.

Sich den Herausforderungen des Haushalts stellen.

Die hohen Schulden Bremens schränken den Gestaltungsspielraum zukünftiger Regierungen ebenso ein wie langfristige Mietverträge. Die Anmietung des Siemenshochhauses, das 30 Jahre lang bezahlt werden muss, unabhängig davon, ob Bremen es noch benötigt, aber auch langfristige Mietverträge als verdeckte Subventionierung wie bei den Projekten am Alten und Neuen Hafen in Bremerhaven, sind Beispiele für diese verfehlte Politik.

Die GRÜNE Finanzpolitik stellt sich den besonderen Herausforderungen des Bremer Haushalts und wird auch mögliche Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen. Die dorthin gemeldeten Finanzziele erfordern in den nächsten Jahren Kreativität, Ehrlichkeit und Mut auch bei den notwendigen Einschnitten.

Soziale Finanzpolitik. Wir versprechen keine teuren Wahlgeschenke, wir wollen besser und mit mehr Verantwortung regieren. GRÜNE Finanzpolitik ist sozial sensibel. Mit uns wird es Entscheidungen, den Behindertenfahrdienst abzuschaffen, während gleichzeitig in den Gesellschaften kleine Könige mehr verdienen als der Bürgermeister, nicht geben. Die Abkehr vom Egoismus einzelner Ressorts, Reformen im öffentlichen Dienst, mehr Autonomie von Schulen und bessere Möglichkeiten für die Beiräte, über Mittel des Stadtteils zu entscheiden, sind Bausteine GRÜNER Sparpolitik. Das Motto „Die Kleinen drangsalieren, die Großen schonen“ muss der Vergangenheit angehören.

Alle Ausgaben auf den Prüfstand. In den letzten Jahren wurde nach dem Konzept verfahren: „Jeder investierte Euro ist ein guter Euro“, während gleichzeitig gerade die Leistungen des Staates, die direkt der Bevölkerung zugute kommen, wie Ausgaben für Bildung, Kultur und Grünpflege, unter starkem Spardruck standen. Diese falsche Schwerpunktsetzung wollen wir beenden. Alle Ausgaben des Staates müssen auf den Prüfstand, geschützte Bereiche wie bei der großen

Koalition mit dem Ergebnis von 200 Hektar Überangebot erschlossener Gewerbefläche wird es mit den GRÜNEN nicht geben.

Die Politik der großen Koalition hat dazu geführt, dass jetzt bei Infrastrukturinvestitionen ein Schwerpunkt auf dem Erhalt der Substanz liegen muss. Wir müssen zunächst sicherstellen, dass unsere Gebäude und Straßen instand gesetzt werden können und ihr Wert erhalten wird. Neues werden wir auch unter dem Gesichtspunkt von Folgekosten in der Zukunft betrachten.

Für einen leistungsstarken öffentlichen Dienst.

Wir GRÜNEN treten allen Tendenzen entgegen, den öffentlichen Dienst zum Sündenbock der leeren Kassen zu machen. Dennoch wird keine künftige Haushaltspolitik den öffentlichen Dienst aus ihren Überlegungen aussparen können, denn mehr als ein Viertel des Bremer Haushalts wird für Personalkosten aufgewandt. Bei den unteren Einkommensgruppen halten wir nach den Kürzungsrunden der vergangenen Jahre die Grenze der Belastbarkeit für erreicht.

Personalvertretungsgesetz erhalten. Wie in jedem gut geführten Betrieb müssen die Beschäftigten eine klare und verlässliche Personalführung erhalten. Das viel gescholtene Personalvertretungsgesetz als Instrument der Mitbestimmung ist und bleibt für die GRÜNEN ein wichtiger Baustein für einen leistungsfähigen öffentli-

chen Dienst. Die notwendigen weiteren Reformen im öffentlichen Dienst wollen wir mit den Beschäftigten angehen und nicht gegen sie. Auch dafür ist eine leistungsstarke Interessenvertretung ein Gewinn.

Nicht nach dem Rasenmäherprinzip sparen. Die gegenwärtigen Tendenzen, vor dem Hintergrund der Föderalismusreform Druck auszuüben, damit Bremen in einen Dumpingwettbewerb mit den anderen Bundesländern um die niedrigste Bezahlung eintritt, sind nicht im Interesse unseres Bundeslandes. Das Auspielen der Angestellten und Beamtinnen und Beamten gegeneinander muss aufhören. Ziel ist es für uns, eine einheitliche Bezahlung im öffentlichen Dienst herzustellen. Beamtenstatus soll nur in den Bereichen erhalten bleiben, in denen Sicherheitsaspekte das erfordern (z. B. Polizei, Justiz, Strafvollzug).

Die pauschalen Personaleinsparungen der letzten Jahre haben zu unerwünschten Ergebnissen geführt. So sind z. B. die Lebensmittelaufsicht, die Feuerwehr, die Betriebsprüfung der Steuerverwaltung und die Heimaufsicht dramatisch unterausgestattet, während beispielsweise die Schulaufsicht noch deutlich abgeben kann. Die GRÜNEN werden sich für Personaleinsparungen einsetzen, die Einzelbereiche bewertet und nicht den Rasenmäher bedient.

Wiedereingliederung in den öffentlichen Dienst. Die Gehaltsabsenkungen im öffentlichen Dienst haben mittlerweile dazu geführt, dass in vielen Bereichen der

unteren Lohngruppen keine Unterschiede mehr bestehen zu den Tarifen in der privaten Wirtschaft. Damit ist auch bei kurzfristiger Betrachtung das Privatisieren nicht mehr wirtschaftlich. Deshalb wollen die GRÜNEN insbesondere im Bereich der Gebäudereinigung das Ausbluten des öffentlichen Dienstes beenden.

Es ist auch eine Frage der Unternehmenskultur, dass alle Beschäftigten im Betrieb auch die gleichen Rechte haben und sich verantwortlich und zugehörig fühlen können. Durch diese Rekommunalisierung werden vor allem schlecht bezahlte Frauenarbeitsplätze aufgewertet und untertarifliche Leiharbeit bekämpft.

Bürgerservice ernst nehmen. Ein besonders trauriges Kapitel der Personalpolitik der großen Koalition ist die halbherzige und fehlgeleitete Umstrukturierung des Stadtamts und seiner Dienstleistungsangebote. Mehrere unterschiedliche Anläufe haben unnötig viel Steuergeld verschwendet. Man denke nur an die Einrichtung eines Bürgeramts, danach eines BürgerService-Centers in Horn-Lehe, der die prompte Totalschließung folgte. Die vollständige Abschaffung von Bürgerservice in der Fläche hat nicht nur zu unzumutbaren Fahrzeiten besonders für ältere und mobilitätsbehinderte Menschen geführt, sie hat auch die verbliebenen zentralen Einrichtungen, vor allem in der Innenstadt und in der Stresemannstraße, völlig überlastet. Gute Ansätze der Beschäftigtenbeteiligung und -motivation für verbesserte Dienstleistungsangebote an die Bürgerinnen und Bürger wurden durch die Konzentration des Publikums-

verkehrs wieder zunichte gemacht. Die andauernde Skandalchronik des Ausländeramts ist ebenfalls Spiegelbild dieses Politikversagens. Wir begrüßen, dass trotz der Zentralisierung ein neuer mobiler Bürgerservice vor Ort erprobt werden soll, allerdings haben hierauf nicht nur die Älteren und Behinderten eines Stadtteils, sondern alle in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen einen Anspruch.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung. In den letzten Jahren wurde in Bremen eine Vielzahl von Gesellschaften gegründet, die in privater Rechtsform Staatsaufgaben übernehmen: Wirtschaftsförderung, Immobilienverwaltung, Krankenhäuser, Hafendienstleistungen und vieles mehr. Der Krankenhausskandal, hohe Geschäftsführergehälter und explodierende Kosten haben zu Recht massive Kritik an der Ausgliederungspolitik des Bremer Senats ausgelöst. Die GRÜNEN sind nicht der Meinung, dass jede staatliche GmbH ein Übel ist, vielmehr sind die fehlende Konzernsteuerung und mangelnde Kontrollbereitschaft und -fähigkeit der letzten Jahre für eine Reihe von Fehlentwicklungen verantwortlich.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Gesellschaften nicht besser gestellt werden als der öffentliche Dienst. Verwaltung und Parlament müssen eine effektive Kontrolle ausüben können. Daher ist bei bestehenden Gesellschaften zu prüfen, wie sich ihre Gründung ausgewirkt hat und ob gegebenenfalls eine Wiedereingliederung in Betracht kommt. Außerdem wollen wir eine

Rückführung strategisch wichtiger hoheitlicher Bereiche, wie beispielsweise die Ausstellung von Wirtschaftsförderungsbescheiden, in den Kernbereich des Staates. Aufgaben, die nicht der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen, wie z. B. die Verwaltung von Immobilien oder die Bremer Aufbaubank, können auch privatisiert werden.

Mehr Demokratie durch Wahrheit, Klarheit und Transparenz. Die Zeiten, in denen die Haushaltspolitik als Geheimwissenschaft wichtiger Männer im Verborgenen wirkte, müssen vorbei sein. Es ist ein Kernbereich der Demokratie, dass sich staatliches Handeln im vom Parlament beschlossenen Haushalt wiederfindet. Nur so kann öffentlich abgewogen werden, was gerade wichtiger ist, nur so kann die notwendige Sparpolitik Akzeptanz finden. Mit Schattenhaushalten und anderen Haushaltstricksereien werden nicht nur der Bund und die anderen Länder betrogen, sondern auch die eigene Bevölkerung. So konnten Interessen begünstigt werden, die sich in einer öffentlichen und demokratischen Auseinandersetzung nicht hätten durchsetzen können, wie z. B. Subventionen für Hotels oder die Erschließung von Flächen, die gar nicht gebraucht werden.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass wichtige Investitionsentscheidungen in Zukunft der Bremer Bevölkerung vor den Haushaltsberatungen zur Entscheidung vorgelegt werden (Finanzreferendum). Das Beispiel der Schweiz zeigt, dass Sparsamkeit und

Nachhaltigkeit der Entscheidungen von den Bürgern und Bürgerinnen selbst viel stärker beachtet werden. Außerdem muss endlich sichergestellt werden, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach einheitlichem Muster vor jeder größeren Geldausgabe durchgeführt werden. Gefälligkeitsgutachten à la BAW müssen der Vergangenheit angehören.

Zu mehr Transparenz und einer nachhaltigen Finanzpolitik trägt auch die Einführung der kaufmännischen Buchführung als Rechnungswesen in Ergänzung der jetzt bestehenden Kameralistik bei. Nur so können Politik und Bürgerinnen und Bürger feststellen, ob wir zu Lasten der Zukunft leben oder für unsere Nachkommen genug hinterlegen.

Unser Team für die Bürgerschaftswahl 2007:

Wahlkreis Bremen

- 1** Karoline Linnert, 49, Diplom-Psychologin
- 2** Dr. Matthias Güldner, 47, Politikwissenschaftler
- 3** Anja Stahmann, 39, Referentin für Jugendbildung
- 4** Klaus Möhle, 54, selbstständiger Handwerker
- 5** Dr. Karin Mathes, 52, Privatdozentin
- 6** Björn Fecker, 29, Lehramtsstudent
- 7** Karin Krusche, 56, Lehrerin
- 8** Dr. Hermann Kuhn, 62, Schriftsetzer
- 9** Dr. Maike Schaefer, 35, Diplom-Biologin
- 10** Mustafa Öztürk, 33, Diplom-Politologe
- 11** Silvia Schön, 47, Geschäftsführerin
- 12** Horst Frehe, 56, Richter
- 13** Zahra Mohammadzadeh, 50, Referatsleiterin
- 14** Dirk Schmidtman, 52, Beton- und Stahlbetonbauermeister
- 15** Monika Heuß, 43, Architektin und Stadtplanerin
- 16** Reinhard Engel, 48, Rechtsanwalt
- 17** Ute Golasowski, 55, Rechtsanwältin
- 18** Michael Pelster, 51, Bauingenieur
- 19** Elisabeth Wargalla, 58, Justizbeamtin
- 20** Robert Bücking, 54, Maschinenbaumeister und Ortsamtsleiter

- 21** Susan Mittrenga, 39, Diplom-Lehrerin
- 22** Ralf Dillmann, 40, Lehrer
- 23** Siglinde Rosenthal, 53, Buchhändlerin
- 24** Manfred Wemken, 46, Maler und Lackierer
- 25** Dr. Angelika Saupe, 46, Soziologin
- 26** Jürgen Schierholz, 57, Gastwirt
- 27** Cecilie Eckler-von Gleich, 54, Kulturpädagogin
- 28** Kai Hofmann, 36, Diplom-Informatiker
- 29** Christa Komar, 57, Sozialpädagogin
- 30** Peter Rüdell, 55, Geschäftsführer

Wahlkreis Bremerhaven

- 1** Doris Hoch, 52, Krankenschwester
- 2** Frank Willmann, 43, Tischler
- 3** Manfred Schramm, 58, Lehrer
- 4** Dr. Ulf Eversberg, 50, Meeresbiologe
- 5** David Lukaßen, 25, Diplom-Jurist
- 6** Hans-Richard Wenzel, 61, Angestellter